



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG



Forschungsbericht No. 3

Auswirkungen verschwörungstheoretisch
konnotierter Formen der Delegitimation von Politik,
Wissenschaft und Medien im Kontext der COVID-19
Pandemie auf demokratieablehnende Einstellungen
sowie Intoleranz und Vorurteile

Prof. Dr. Peter Wetzels und Dr. Katrin Brettfeld



Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg

Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft
Institut für Kriminologie
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

Hamburg, April 2022

© 2022 by the authors. All rights reserved.



Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	1
2	METHODE	3
3	BESCHREIBUNG DER ERREICHTEN STICHPROBE	4
3.1	SOZIODEMOGRAPHISCHE MERKMALE: ALTER, GESCHLECHT, WOHNORT UND BILDUNGSNIVEAU	4
3.2	PARTEIPRÄFERENZEN UND POLITISCHE SELBSTVERORTUNG.....	6
4	ERGEBNISSE	7
4.1	BEFUNDE UNI- UND BIVARIATER DESKRIPTIVER ANALYSEN	8
4.1.1	<i>Erfahrungen mit COVID-19 im eigenen Lebensumfeld</i>	8
4.1.2	<i>Corona-Leugnung</i>	8
4.1.3	<i>Bewertungen der COVID-19-Pandemie und darauf gerichteter Maßnahmen</i>	10
4.1.4	<i>Formen der verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Medien und Wissenschaft</i>	13
4.1.5	<i>Einstellung zu Demokratie und Parteienpluralismus</i>	15
4.1.6	<i>Ausländerfeindliche Einstellungen</i>	17
4.1.7	<i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i>	18
4.1.8	<i>Einstellungen zu Coronaprotesten</i>	21
4.2	ERGEBNISSE MULTIVARIATER ANALYSEN	25
4.2.1	<i>Ablehnung von Demokratie und Parteilvielfalt</i>	25
4.2.2	<i>Ausländerfeindliche Einstellungen</i>	27
4.2.3	<i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Pauschale Ablehnung und Vorurteile gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten</i>	29
4.2.4	<i>Analyse des Potentials für aktiven Protest gegen Coronamaßnahmen</i>	31
5	ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	33
	LITERATUR	35

Auswirkungen verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien im Kontext der COVID-19 Pandemie auf demokratieablehnende Einstellungen sowie Intoleranz und Vorurteile

Peter Wetzels und Katrin Brettfeld

1 Einleitung

Im Zuge der COVID-19 Pandemie ist es seit 2020 zu einer recht dynamischen Entwicklung von Protesten gegen staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen gekommen (vgl. z.B. Schließler, Hellweg & Decker, 2020; Grande et al. 2021, Amlinger & Nachtwey, 2021; Weiß, 2021).

Seit einiger Zeit wird diesbezüglich auch in der Wissenschaft beobachtet, dass die so zum Ausdruck gebrachten Unzufriedenheiten und Enttäuschungen im Hinblick auf staatliche Maßnahmen und politische Entscheidungsprozesse im Umgang mit der COVID-19-Pandemie, vor allem auch in Bezug auf die damit assoziierten temporären Eingriffe in individuelle Freiheitsrechte, mit einem Anwachsen einer generellen Skepsis gegenüber der Demokratie (vgl. Busemeyer, 2021) und einem Verlust des Vertrauens in und der Akzeptanz von zentralen Institutionen einer demokratischen modernen Gesellschaft verbunden sind (vgl. Siebert, 2021; Forum Antworten, 2021, Lamberty & Rees, 2021). Problematisiert wird weiter auch eine damit einhergehende Intoleranz gegenüber Minderheiten, darunter Antisemitismus (Butter, 2021a; Salzborn, 2021), Fremdenfeindlichkeit, die Ablehnung von Zuwanderern, Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie eine generelle Intoleranz (Pickel, Pickel & Yendell, 2020). Auch Zusammenhänge mit einer vermehrten Billigung von politisch motivierter Gewalt werden hier gesehen (Lamberty & Rees, 2021, S. 296 ff).

Im Zuge der Coronaproteste zeigte sich eine erhöhte Sichtbarkeit verschwörungstheoretischer Deutungs- und Argumentationsmuster, die u.a. vermeintlich klar auf der Hand liegende, einfache und klare Antworten sowohl mit Blick auf die Ursachen der Pandemie als auch deren „richtige“ Handhabung anbieten und verbreiten (vgl. Forum Aufbruch, 2021; s.a. Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020)). Diese sind ferner von einer Ablehnung bzw. generalisierten Skepsis gegenüber komplexeren Erklärungsansätzen und Risikoabwägungen, der Diskreditierung wissenschaftlicher Expertise sowie deren Aufgreifen durch Politik und Medien gekennzeichnet (Butter 2020, S. 57 ff.).

Zwar sind Verschwörungstheorien, wie sie in den letzten beiden Jahren unter Bezug auf die COVID-19-Pandemie und im Kontext der Proteste gegen Coronamaßnahmen artikuliert wurden, historisch in Bezug auf sehr unterschiedliche Phänomene und soziale Veränderungen und Herausforderungen schon länger bekannt (vgl. Butter, 2020, 2021b). Sie lassen sich angesichts zunehmender Unübersichtlichkeiten und Komplexität moderner Gesellschaften sowie der damit assoziierten Verunsicherungen als Formen von Versuchen der Bewältigung von Wissensdefiziten und der Rückgewinnung von Sicherheiten auffassen (Prooijen, 2018). Solche Reaktionen auf eine überfordernde Konfrontation mit komplexen naturwissenschaftlichen, technischen und sozialen Phänomenen und Herausforderungen wurden auch schon deutlich vor der Coronapandemie empirisch untersucht (vgl. van

Prooijen, 2018; Butter, 2020; Lewandowsky, Gignac & Oberauer, 2013). Dabei wurde national wie international auch deren relativ weite Verbreitung festgestellt (vgl. Amlinger & Nachtwey, 2021; Butter, 2021b, 2020; Drochon, 2019).

Aktuell finden sich vermehrt Varianten solcher Theorien von Laien und Interessengruppen, die in Bezug auf die Entstehung der COVID-19-Pandemie selbst oder aber mit Blick auf die zu ihrer Bekämpfung eingesetzten Maßnahmen das Wirken unterschiedlicher mächtiger Interessengruppen oder Organisationen als entscheidend ansehen, die es zu durchschauen und zu bekämpfen gelte. Protestpotentiale sowie kritische Haltungen zur Corona-Politik verbinden sich gegenwärtig offenbar in zunehmendem Maße in diesem Sinne mit verschwörungstheoretischen Narrativen, die sich auch durch ihre Verknüpfung mit einer pauschalisierenden Kritik und Diskreditierung von Wissenschaft, Medien und Politik kennzeichnen lassen (vgl. Schließler, Hellweg & Decker, 2020, S. 283 ff; s.a. Schultz, Ziegele, Jakob, Jakobs, Quiring & Schemer, 2021). Solche pauschalen Diskreditierungen von Politik, Wissenschaft und öffentlichen Medien, darunter auch die Zuschreibung von Intentionalität und Schädigungsabsicht, lassen sich als Formen einer verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation zentraler Institutionen moderner Gesellschaften beschreiben.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit solche Formen der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation demokratiegefährdende Effekte haben (vgl. Moore, 2019), ob sie mit einer Ablehnung von Liberalität, einer Verringerung der Akzeptanz kultureller Vielfalt und Diversität verbunden sind, ob also tatsächlich im Zuge der Coronaproteste insoweit vermehrte Risiken der Zersetzung einer demokratisch-liberalen Kultur entstanden sind (vgl. Pickel, Pickel & Yendell, 2020).

Damit wird in empirischer Hinsicht nicht nur die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang gegenwärtig im Zuge der COVID-19-Pandemie verschwörungstheoretisch konnotierte Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien zu beobachten sind, sondern auch, inwieweit diese mit Haltungen in Zusammenhang stehen, welche staatliche und gesellschaftliche Maßnahmen der Coronapolitik betreffen. Politisch wie praktisch und theoretisch relevant ist ferner, ob solche Entwicklungen in bestimmten gesellschaftlichen Teilsegmenten bzw. in bestimmten Gruppen oder sozialen Milieus besonders gehäuft zu beobachten sind und was mögliche Ansätze der Erklärung in dieser Hinsicht beobachtbarer Differenzen zwischen Teilpopulationen sein können.

Klärungsbedürftig ist schließlich auch, inwieweit solche verschwörungstheoretisch konnotierten Formen der Delegitimation zentraler staatlicher bzw. gesellschaftlicher Institutionen tatsächlich mit einer wachsenden Etablierung intoleranter und ablehnender Einstellungen gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen sowie dem Risiko des Verlustes von Liberalität und zunehmender sozialer Spaltungen verbunden sind.

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Online-Befragung dargestellt, die durchgeführt wurde, um Teile dieser aufgeworfenen Fragen und Annahmen im Rahmen einer querschnittlichen Untersuchung einer ersten empirischen Klärung und Prüfung zuzuführen.¹ Ziel dieser Erhebungen ist die empirische Untersuchung der Frage, inwieweit persönliche Erfahrungen mit Belastungen aufgrund der Corona-Pandemie einerseits und eine pauschale negative Bewertung der staatlichen Coronapolitik andererseits mit verschwörungstheoretisch konnotierten Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien in Zusammenhang stehen.

Weiter wird der Frage nachgegangen, ob verschwörungstheoretisch konnotierte Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien auch mit dem Risiko eines Anstiegs von Intoleranz, d.h. der vermehrten Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten, verbunden sind.

Darüber hinaus wird auch analysiert, wie Formen der verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien im politischen Spektrum zu verorten sind und ob sie, neben anderen Einflussfaktoren, die Mobilisierung eines aktiven Protestes gegen die staatliche Coronapolitik maßgeblich mittragen und verstärken.

Insoweit wird auch der Frage nachgegangen, inwieweit die sozial offenkundig ungleich verteilten Belastungen im Zuge der Coronapandemie (vgl. Zick 2021, S. 20), zu nennen wären diesbezüglich wirtschaftliche und berufliche Belastungen und Einschränkungen zum einen, sowie tatsächliche persönliche Betroffenheit durch persönliche Krankheit oder auch durch Todesfälle und Erkrankungen im unmittelbaren Lebensumfeld von Familie und wichtigen Bezugspersonen zum anderen, hier Wirkungen entfalten.

2 Methode

Zur empirischen Untersuchung dieser so aufgeworfenen Fragen wurde eine Online-Befragung einer Stichprobe der erwachsenen Wohnbevölkerung durchgeführt. Diese Stichprobe wurde über das Online-Access-Panel eines kommerziellen Marktforschungsinstitutes gewonnen.

Die Erhebungen fanden in der Zeit vom 16.09.2021 bis zum 21.09.2021 statt, also kurz vor den Bundestagswahlen am 26.09.2021. Die Feldphase erfolgte damit in einem Zeitraum nach den ersten drei Wellen der Pandemie und kurz vor der vierten Welle der COVID-19-Pandemie (Oktober bis Dezember 2021 mit der Delta-Variante des Virus). Damit lag die Erhebung zeitlich deutlich vor den erheblichen neuerlichen Zunahmen der Inzidenzen im Zuge der Verbreitung der Omikron-Variante ab Januar 2022. Zu dieser Zeit der Onlinebefragung war im Zuge des Bundestagswahlkampfes die Diskussion um die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht bereits in vollem Umfang entbrannt. Die COVID-19-Pandemie war im Wahlkampf eines der zentralen Themen.

¹ Die Onlinebefragung wurde im Kontext eines Forschungsseminars konzipiert und geplant, das unter Leitung von Prof. Dr. Wetzels und Dr. Brettfeld im SS 2020 und WS 2020/2021 mit Studierenden des Masterstudiengangs Internationale Kriminologie an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg stattfand. Im Rahmen dieses Forschungsseminars wurde die erste Fassung eines Erhebungsinstrumentes entwickelt und im Rahmen einer Pretesterhebung unter Nutzung eines Verfügbarkeitsamples verwendet. Im Anschluss an die Analyse dieser Pretestdaten erfolgte eine Überarbeitung dieses Instrumentes und die Durchführung der Feldarbeiten zu der Onlineerhebung, über deren Ergebnisse hier berichtet wird. Diese Hauptstudie war auch Gegenstand der Masterarbeiten von Arne Ross, Jule Frein und Corinna Schnaus, welche die Programmierung des Fragebogens, die Organisation und Kontrolle des Ablaufs der Feldphase und die Erstellung des hier verwendeten Datensatzes geleistet haben.

Der für die Befragung verwendete Online-Fragebogen beinhaltet, neben einer Auswahl an Fragen zur Soziodemographie, weiter auch standardisierte Messinstrumente zur Erfassung von politischen Einstellungen, wie sie in einer repräsentativen Einstellungsbefragung der bundesdeutschen Wohnbevölkerung (MiD 2021) im Rahmen des MOTRA-Forschungsverbundes verwendet wurden, die durch unsere Forschungsgruppe an der UHH in der Zeit von März bis Juni 2021 durchgeführt wurde (vgl. Brettfeld et al. 2021a, 2021b; Fischer, Endtricht, Farren, 2022). Weiter wurden Fragen aus Messinstrumenten zur Erfassung von Verschwörungsmentalitäten sowie von Einstellungen im Sinne gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) verwendet, wie sie u.a. in den jüngsten Mitte-Studien eingesetzt wurden (vgl. Lamberty & Rees, 2021; Zick, 2021) sowie Fragen aus aktuellen Studien zu Coronaprotesten (vgl. Grande, Hutter, Hunger & Kanol, 2021; Nachtwey, Schäfer & Frei, 2020). Darüber hinaus wurden die Befragten auch gebeten, Angaben zu ihren Erfahrungen mit der COVID-19 Pandemie (Erfahrungen mit Tod und Krankheit im eigenen Lebensumfeld) und zu selbst erlebten Folgen der Corona-Maßnahmen (in beruflicher und finanzieller Hinsicht) zu machen. Erhoben wurden ferner subjektive Bewertungen der staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung mit Blick auf die Einschätzung ihrer Wirksamkeit und möglicher Nebenfolgen. Die Befragung mit diesem Online-Fragebogen nahm im Durchschnitt etwa 15 Minuten in Anspruch.

3 Beschreibung der erreichten Stichprobe

Grundgesamtheit für die Stichprobenziehung war die in Deutschland lebende Wohnbevölkerung ab dem 18. Lebensjahr. Mit Unterstützung des Marktforschungsinstituts ResponDi wurde aus dem dort verfügbaren umfangreichen Online-Access-Panel eine nach Alter und Geschlecht geschichtete Stichprobe von insgesamt n=555 erwachsenen Personen online befragt.

3.1 Soziodemographische Merkmale: Alter, Geschlecht, Wohnort und Bildungsniveau

Der Anteil weiblicher Befragter beträgt in der Stichprobe 50.6%, was mit einer Abweichung von 0.5% auch der anvisierten Grundgesamtheit entspricht. Zur Altersschichtung wurden die Altersklassen 18 bis 29 Jahre, 30 bis 39 Jahre, 40 bis 49 Jahre, 50 bis 59 Jahre und, 60 bis 69 Jahre verwendet. Personen über 70 Jahre waren nicht gezielt ausgewählt worden, gleichwohl nahm eine Person im Alter über 69 Jahre an der Befragung teil.

Tabelle 1: Befragte nach Altersklasse

	n	Prozent
18 bis 29 Jahre	111	20.0
30 bis 39 Jahre	105	18.9
40 bis 49 Jahre	100	18.0
50 bis 59 Jahre	134	24.1
60 bis 69 Jahre	104	18.7
70 Jahre und älter	1	.2
gültige N	555	100.0

Die meisten Befragten leben in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern (39.7%). Aus ländlichen Regionen und Kleinstädten stammen knapp 38.2% und 21.2% sind in Städten mittlerer Größe (20.000 bis unter 100.000 Einw.) wohnhaft.

Tabelle 2: Wohnorte der Befragten nach Ortsgrößenklasse

	N	Prozent
Bis 5 000 Einw.	104	19.3
Über 5 000 bis 20 000 Einw.	107	19.9
Über 20 000 bis 100 000 Einw.	114	21.2
Über 100 000 bis 500 000 Einw.	88	16.3
Über 500 000 Einw.	126	23.4
gültige N	539	100.0

Die Befragten wohnen über alle Bundesländer verteilt. Aus Nordrhein-Westfalen stammt erwartungsgemäß die größte Anzahl (n=118 Personen, 21.6%). Die neuen sowie die kleineren Bundesländer - insbesondere das Saarland und Bremen - sind demgegenüber zahlenmäßig in nur sehr geringem Maß in der Stichprobe vertreten.

Tabelle 3: Wohnorte der Befragten nach Bundesland

	N	Prozent
Nordrhein-Westfalen	118	21.6
Bayern	79	14.5
Baden-Württemberg	60	11.0
Hessen	49	9.0
Niedersachsen	46	8.4
Berlin	42	7.7
Sachsen	30	5.5
Rheinland-Pfalz	27	4.9
Hamburg	20	3.7
Brandenburg	17	3.1
Schleswig-Holstein	17	3.1
Sachsen-Anhalt	16	2.9
Mecklenburg-Vorpommern	11	2.0
Thüringen	7	1.3
Saarland	5	.9
Bremen	2	.4
gültige N	546	100.0

Fehlende Angaben: n=7

Der Großteil der Befragten (n=531 Personen) besitzt eine deutsche Staatsangehörigkeit. Zusätzlich finden sich n=7 Personen, die neben der deutschen auch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen. Von den n=24 nichtdeutschen Personen oder Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit stammen 14 aus dem europäischen und zehn aus dem nichteuropäischen Ausland. Damit ist der Anteil von Personen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft in diesem Sample mit 4.3% deutlich geringer als in der Wohnbevölkerung insgesamt.

Mehr als 54.2% der Befragten gaben als höchsten Bildungsabschluss das Abitur an; n=187 Befragte (34.2%) haben die mittlere Reife oder einen vergleichbaren Abschluss und n=62 Befragte (11.4%) einen Hauptschulabschluss. Damit hat die Stichprobe einen deutlichen Bias in Richtung auf höhere Bildung.

Tabelle 4: *Höchster schulischer Bildungsabschluss*

	N	Prozent
(Noch) Kein Abschluss	1	0.2
Hauptschulabschluss, 9. Klasse	62	11.4
Mittlere Reife, Realschule/POS, 10. Klasse	187	34.2
Abitur/Hochschulreife	296	54.2
gültige N	546	100.0

3.2 Parteipräferenzen und politische Selbstverortung

Zur Erfassung ihrer politischen Orientierung waren die Befragten gebeten worden, die klassische Sonntagsfrage danach zu beantworten, welche Partei sie wählen würden, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Wie in der folgenden Abbildung zu sehen, zeigen sich in der Stichprobe für Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke einige Prozentpunkte mehr im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahl im September 2021. Die CDU/CSU wurde mit 16.1% von den Befragten deutlich seltener genannt als ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 2021 entsprechen würde. Die SPD liegt mit 23.9% etwa auf dem Niveau der Bundestagswahl. 12.2% gaben an, sie würden die AfD wählen und weitere 12% der Befragten gaben keine Parteipräferenz an (Nichtwähler und „weiß nicht“).

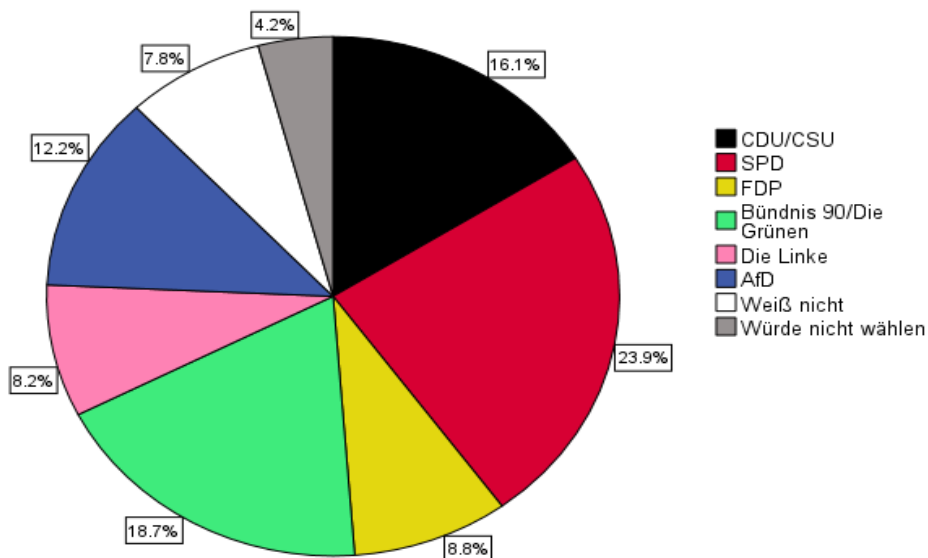


Abbildung 1: *Anteil Befragter nach Parteipräferenz (Sonntagsfrage)*

Weiter waren die Befragten gebeten worden, sich unter Verwendung einer 10-stufigen Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) im Links-Rechts-Spektrum selbst zu verorten.

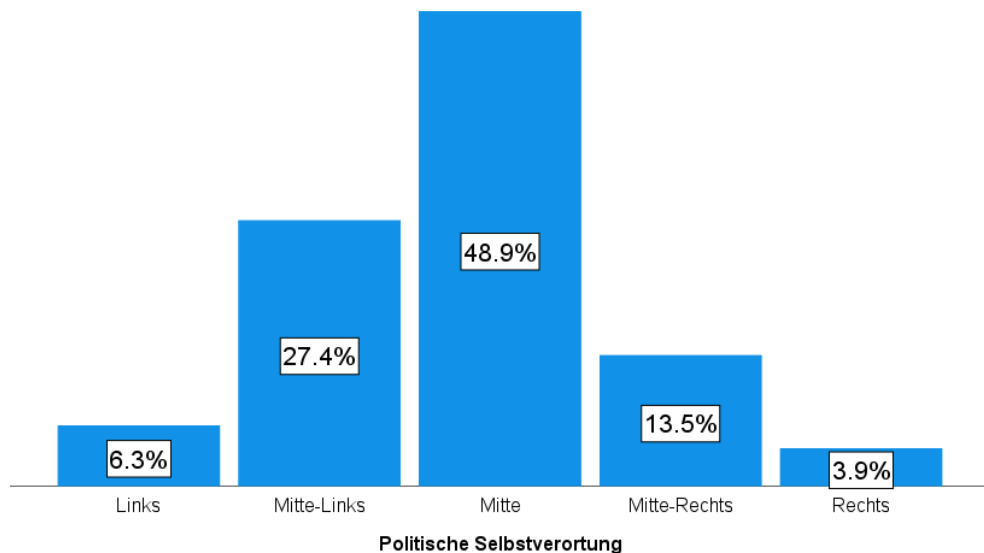


Abbildung 2: Anteil Befragter nach politischer Selbstverortung

Wie bei Verwendung solcher Skalen generell zu beobachten, stuft sich die überwiegende Mehrheit der Befragten (48.9%) in der politischen Mitte ein (Werte 5 und 6). Als Links (Werte 1 und 2) oder Mitte-Links (Werte 3 und 4) verorteten sich 33.7%. Als Mitte-Rechts (Werte 7 und 8) stufen sich 13.5% und als eindeutig rechts (Werte 9 und 10) 3.9% ein.

4 Ergebnisse

Im Folgenden werden zunächst univariate und bivariate deskriptive Befunde der Befragung beschrieben. Diese betreffen Erfahrungen der erreichten Personen mit Coronaerkrankungen und Tod im eigenen Lebensumfeld sowie selbst erlebte Folgen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie in beruflicher und finanzieller Hinsicht. Weiter werden Ergebnisse zu den Bewertungen der politischen und gesellschaftlichen Formen des Umgangs mit Corona sowie zur Verbreitung verschwörungstheoretischer Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien dargestellt und die Bewertung der Demokratie als Staatsform und von Parteienvielfalt als eines ihrer wesentlichen Elemente beschrieben. Dargelegt werden ferner Befunde zur Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit, Intoleranz und Vorurteilen sowie zur Akzeptanz von Coronaprotesten. Neben dem Verständnis für Personen, die gegen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie demonstrieren, wird hier auch auf die Bereitschaft eingegangen, sich aktiv an Protesten gegen die Coronamaßnahmen zu beteiligen.

Im Anschluss daran erfolgt die Darstellung der Ergebnisse multivariater Analysen zu den Zusammenhängen zwischen Formen der verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien sowie pauschal ablehnender Haltungen gegenüber den staatlichen Coronamaßnahmen als unabhängigen Variablen (UV) mit (1) Einstellungen zu Demokratie und Parteienvielfalt, (2) Ausländerfeindlichkeit und (3) Formen der Intoleranz gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten als abhängigen Variablen (AV). Als vierte abhängige Variable wird auch (4) die Bereitschaft, sich aktiv an Coronaprotesten zu beteiligen, im Rahmen multivariater Modelle im Hinblick auf diesbezüglich relevante Einflussfaktoren in den Blick genommen.

4.1 Befunde uni- und bivariater deskriptiver Analysen

Bei den folgenden Darstellungen der Ergebnisse deskriptiver uni- und bivariater Analysen wird auch auf die psychometrischen Qualitäten der Skalen zur Messung der zentralen Konstrukte eingegangen.

4.1.1 Erfahrungen mit COVID-19 im eigenen Lebensumfeld

Die Mehrheit der Befragten (60.8%) gibt an, im Bereich ihres persönlichen Umfelds Personen zu kennen, die an Corona (COVID-19) erkrankt sind oder waren. 11.2% berichten, Angehörige oder einen Bekannte durch eine Coronaerkrankung verloren zu haben.

Etwa ein Fünftel der Befragten hat als Folge der Pandemie berufliche Einschränkungen erlebt (20.2%). 26.5% berichten zudem, dass sich ihre finanzielle Lage im Zuge der COVID-19-Pandemie verschlechtert habe.

Tabelle 5: Erfahrungen mit COVID-19 im eigenen Lebensumfeld und selbst erlebte Folgen der Pandemie in beruflicher und finanzieller Hinsicht

	%	gültige N
Erlebnisse mit Krankheit und Tod im sozialen Umfeld:		
Persönliche Bekanntschaft mit einer an Corona erkrankten Person	60.8%	541
Verlust eines Familienangehörigen/ Bekannten aufgrund einer Corona-Erkrankung	11.2%	537
Persönliche berufliche und wirtschaftliche Folgen:		
Berufliche Einschränkung erlebt	20.2%	555
Finanzielle Einbußen erlebt	26.5%	535

Fasst man diese verschiedenen Einschränkungen zusammen, dann berichtet nur etwa ein Viertel (27.4%) der Befragten, keinerlei Belastungen im Sinne der genannten Folgen und Erfahrungen im Zuge der Coronapandemie erlebt zu haben. 40.9% haben Belastungen in einem der hier genannten Bereiche erfahren, weitere 22.3% in zwei Bereichen. Weitere 7.2% gaben entsprechende Belastungen in drei der genannten Bereichen und 2.2% in allen vier Bereichen an.

4.1.2 Corona-Leugnung

Zusätzlich wurde erhoben, für wie gravierend und ernst die Befragten die Corona-Pandemie erachten. Dazu wurde allen Teilnehmenden folgende Aussage vorgelegt: „*Das Corona-Virus ist nicht gefährlicher als eine schwere Grippe.*“. 66.9% der Befragten lehnt diese Aussage „völlig“ oder „eher“ ab, 14.4% stehen dieser Aussage unentschlossen gegenüber. Insgesamt 18.7% der Befragten stimmen dieser jedoch zu - 10.6% stimmen eher zu und 8.1% artikulieren „völlige“ Zustimmung.

Bei Betrachtung der Mittelwerte der Zustimmung zu dieser Form der Corona-Leugnung für die verschiedenen Gruppen der politischen Selbstverortung zeigt sich ein hoch signifikanter Zusammenhang: Je weiter rechts sich Befragte im Links-Rechts-Schema selbst verorten, umso höher ist das Ausmaß der Corona-Leugnung ($F=11.23$, $df=498;4$, $p<.001$).

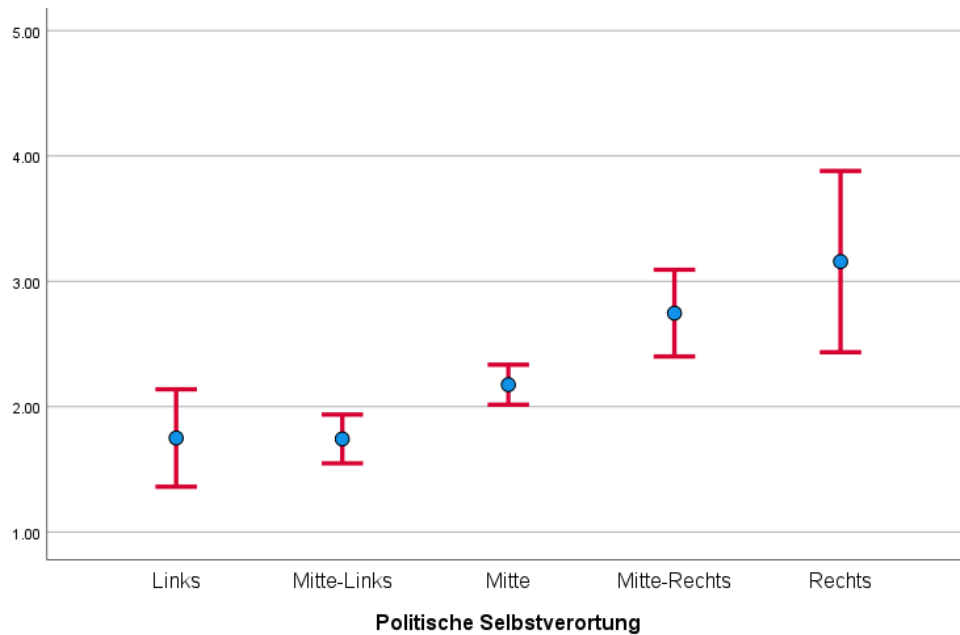


Abbildung 3: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervall der Corona-Leugnung nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts Spektrum

Weitergehende Analysen der Subgruppen zeigen eine klare Differenzierung zwischen jenen Personen, die sich selbst zwischen Links und Mitte einordnen einerseits und jenen, die sich Mitte-Rechts bis Rechts verorten andererseits.

Mit Blick auf die Wahlpräferenzen für die verschiedenen Parteien (Sonntagsfrage) zeigen sich hoch signifikante Unterschiede der Raten von Corona-Leugnung ($\chi^2=95.5$; $df=6$; $p<.001$): Mit Abstand die höchste Zustimmungsrates findet sich bei den Anhängern der AfD. Unter diesen halten 62.1% die Corona-Pandemie für nicht gefährlicher als eine schwere Grippe. Als ebenfalls überdurchschnittlich erweist sich die Rate bei Anhängern der FDP, hier stimmt knapp ein Drittel dieser Aussage zu (29.5%). Signifikant unterdurchschnittlich fallen die Raten der Anhänger von CDU/CSU (10.1%), der SPD (9.6%) und von Bündnis 90/Die Grünen (4.4%) aus.

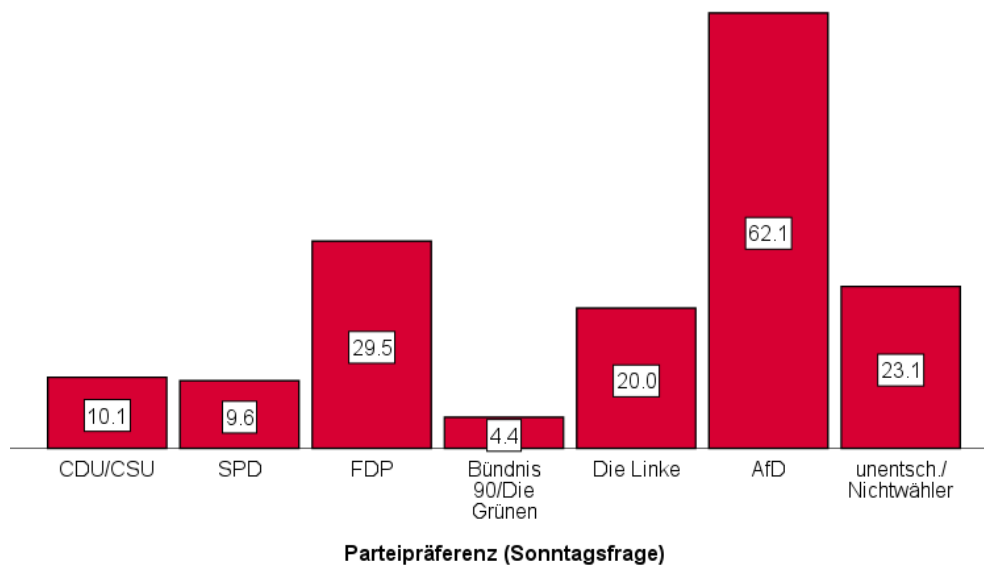


Abbildung 4: Prozent Corona leugnender Personen nach Parteipräferenz

Sofern die Befragten eine Person aus dem näheren Umfeld kennen, die an Corona erkrankt ist, ist der Anteil derer, die in Bezug auf das Corona-Virus keinen Unterschied zu einer schweren Grippe sehen, mit 14.2% fast um die Hälfte geringer als bei denjenigen, die keine Erfahrungen mit der Erkrankung gemacht haben (26.3%) ($\chi^2=11.6$; $df=1$; $p<.001$).

Demgegenüber hat der Tod einer Person aus dem Bekanntenkreis keinen solchen Effekt. Ähnlich verhält es sich bzgl. möglicher beruflicher Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, auch hier finden sich keine signifikanten Unterschiede. Haben die Befragten durch die Corona-Pandemie hingegen finanzielle Einbußen erlebt, stimmen 25.9% der Corona-leugnenden Aussage zu; ohne finanzielle Einbußen beträgt diese Rate nur 16.1% ($\chi^2=6.4$; $df=1$; $p<.05$).

4.1.3 Bewertungen der COVID-19-Pandemie und darauf gerichteter Maßnahmen

In einem weiteren Fragenblock wurden Einschätzungen der staatlichen Coronamaßnahmen und des gesellschaftlichen Umgangs mit der Pandemie thematisiert.

26.0% der Befragten bewerten die Coronamaßnahmen der Regierung als willkürlich; 21.1% sind der Ansicht, dass die Coronamaßnahmen überwiegend unwirksam sind und 32.1% sind der Meinung, dass der wirtschaftliche Schaden der Coronamaßnahmen größer sei als deren gesellschaftlicher Nutzen. 24.6% nehmen an, dass im Umgang mit dem Virus die falschen Experten den Ton angeben.

Tabelle 6: *Einschätzung der Maßnahmen im Umgang mit der Coronapandemie*

	Ablehnung		teils/teils	Zustimmung		gültige N
	1 %	2 %	3 %	4 %	5 %	
Die Corona-Maßnahmen der Regierung sind willkürlich.	22.9	24.9	26.2	11.9	14.1	523
Die Corona-Maßnahmen bedrohen Meinungsfreiheit und Demokratie.	28.3	25.5	18.3	14.1	13.9	526
Im Umgang mit dem Corona-Virus geben die falschen Experten den Ton an.	27.1	23.2	25.1	13.0	11.6	517
Die Corona-Maßnahmen der Regierung sind überwiegend unwirksam.	22.2	28.3	28.3	12.7	8.4	526
Der wirtschaftliche Schaden der Corona-Maßnahmen ist größer als ihr gesellschaftlicher Nutzen.	19.9	20.8	27.2	16.8	15.3	523

Eine Faktorenanalyse dieser fünf Items ergibt eine einfaktorielle Lösung mit einer Varianzaufklärung von 77.3%. Demnach bilden diese Items ein eindimensionales latentes Konstrukt ab, das sich als negative Einstellung zum politisch-gesellschaftlichen Umgang mit der Coronapandemie beschreiben lässt. Die interne Konsistenz der aus diesen fünf Items gebildeten Skala (Cronbachs α) erweist sich mit $\alpha=.93$ als sehr gut. Diese Skala hat einen Mittelwert von $MW=2.67$ ($SD=1.15$).

Dichotomisiert man diese Skala am absoluten Mittelpunkt (Werte $> 3=1$; Werte $\leq 3=0$), dann finden sich 34.8% der Befragten, die den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Corona überwiegend negativ bewerten bzw. gegenüber den gesellschaftlichen/politischen Coronamaßnahmen überwiegend ablehnend eingestellt sind.

Die ablehnende Haltung zum politisch-gesellschaftlichen Umgang mit Corona ist umso ausgeprägter, je weiter die politische Selbstverortung der Befragten in Richtung rechts

gelagert ist. Die Unterschiede der Mittelwerte zwischen den fünf Gruppen der politischen Selbstverortung erweisen sich als statistisch signifikant ($F=9.65$, $df=497;4$, $p<.001$).

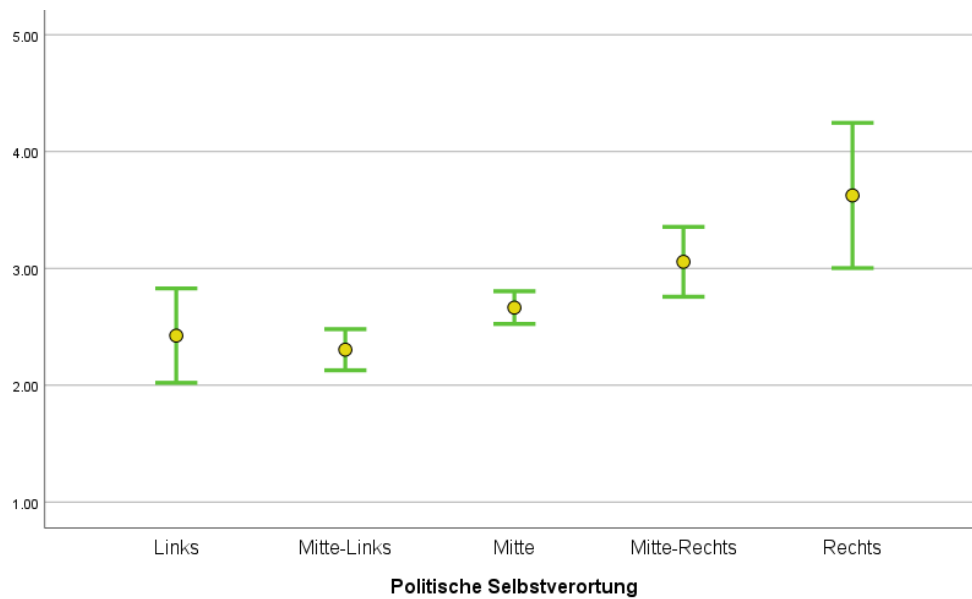


Abbildung 5: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle der ablehnenden Einstellung zu gesellschaftlichen und staatlichen Coronamaßnahmen nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts-Spektrum.

Ein Post-hoc-Test (Duncan) zeigt als klar differenzierbare Subgruppe zum einen Personen, die sich selbst als Links bzw. Mitte-Links eingestuft haben. Diese unterscheiden sich statistisch signifikant von Personen, die sich als Mitte-Rechts oder auch Rechts eingestuft haben.

Personen, die sich selbst in der Mitte-Kategorie verorten, unterscheiden sich nicht signifikant von denjenigen, die sich Mitte-Rechts einstufen; beide hingegen weisen signifikante Unterschiede zur zweiten klar differenzierbaren Gruppe aus, nämlich denjenigen, die sich selbst als politisch Rechts verortet haben.

Auch bei den Parteipräferenzen zeigen sich signifikante Unterschiede. Die Rate derjenigen, die den staatlichen und gesellschaftlichen Corona-Maßnahmen ablehnend gegenüberstehen, unterscheidet sich signifikant zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien ($\chi^2=115.8$; $df=6$; $p<.001$). So lehnen von den Anhängern der AfD 89.7% die Corona-Maßnahmen ab. Dies sind erheblich mehr als bei den Anhängern der anderen Parteien. Die geringste Ablehnung von Corona-Maßnahmen artikulieren die Wähler von Bündnis 90 / Die Grünen. Hier beträgt die Rate der eindeutig ablehnenden Äußerungen nur 12.1%.

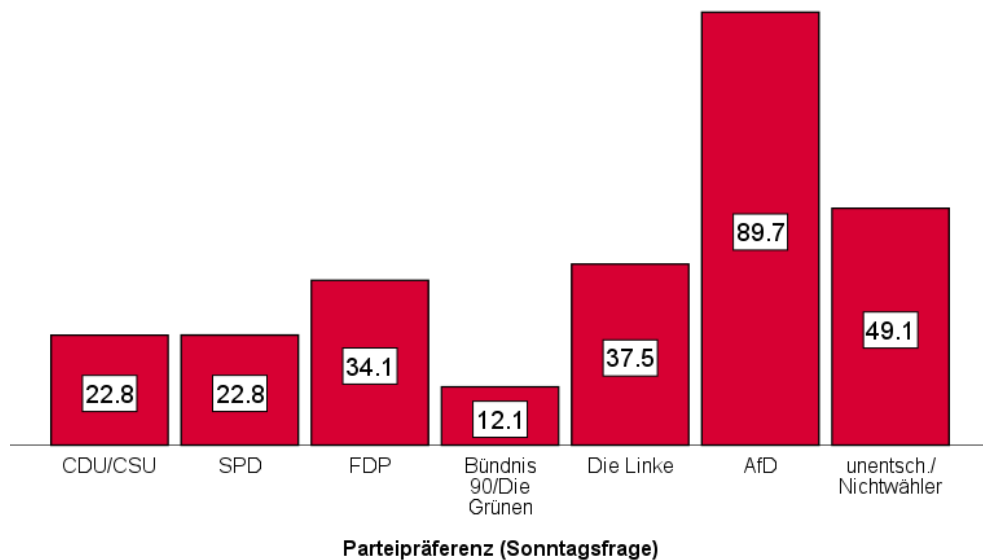


Abbildung 6: Prozent gegenüber Coronamaßnahmen überwiegend ablehnend eingestellte Befragte (>3) nach Parteipräferenz

Vergleicht man Befragte, die gesundheitliche Folgen der Coronapandemie bei Menschen aus dem eigenen Lebensumfeld miterlebt haben mit Befragten, bei denen dies nicht der Fall ist, dann zeigt sich für den Fall des Miterlebens von Erkrankungen im Umfeld mit $MW_{Ja}=2.54$ ($SD=1.08$) eine geringere Ablehnung von Coronamaßnahmen als dann, wenn so etwas nicht miterlebt wurde ($MW_{Nein}=2.86$ ($SD=1.24$)). Diese Differenz ist statistisch signifikant ($t=3.05$, $df=381.4$, $p<.01$).

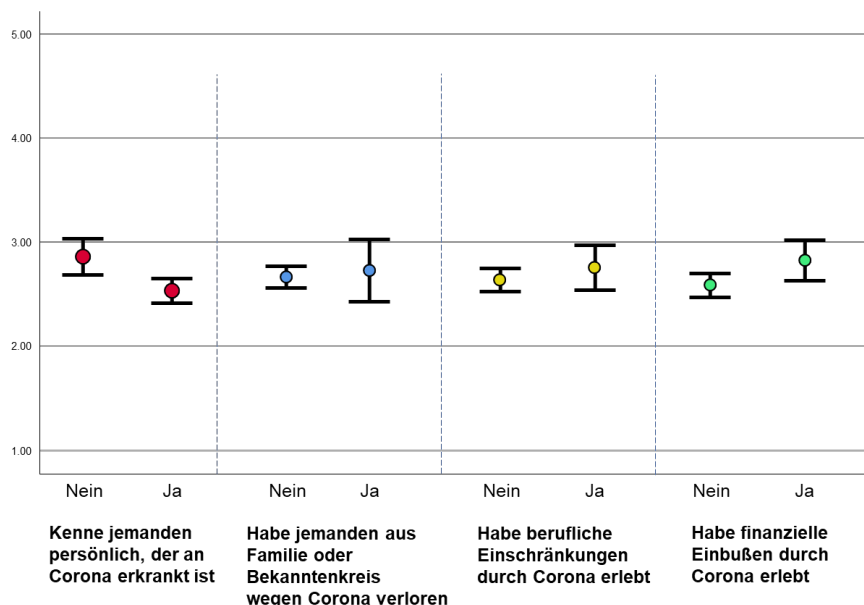


Abbildung 7: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle der Ablehnung von Coronamaßnahmen in Abhängigkeit von der (Mit)Betroffenheit durch Coronafolgen

Für den Fall des Todes von Angehörigen oder Bekannten sind die Unterschiede statistisch nicht signifikant ($MW_{Nein}=2.67$ ($SD=1.16$); $MW_{Ja}=2.73$ ($SD=1.14$); $t=-.39$, $df=515$, $p: n.s.$).

Im Hinblick auf eine selbst erlebte berufliche Beeinträchtigung im Zuge der Coronapandemie findet sich gleichfalls ein Unterschied der mittleren Ablehnung von Coronamaßnahmen, dieser geht aber in eine andere Richtung: Im Falle der Betroffenheit durch coronabedingte berufliche Beeinträchtigungen ist die Ablehnung der Coronamaßnahmen etwas stärker. Allerdings ist dieser Unterschied klein und statistisch nicht signifikant ($MW_{\text{Nein}}=2.64$ ($SD=1.16$); $MW_{\text{Ja}}=2.76$ ($SD=1.11$); $t=-.94$, $df=524$, p : n.s.). Im Falle einer finanziellen Betroffenheit zeigt sich eine größere Ablehnung von Coronamaßnahmen. Hier ist die Differenz auch statistisch signifikant ($MW_{\text{Nein}}=2.59$ ($SD=1.14$); $MW_{\text{Ja}}=2.83$ ($SD=1.16$)); $t=-2.10$, $df=515$, $p<.05$).

Insgesamt zeigen sich damit Differenzen der Effekte für die verschiedenen Modalitäten einer (Mit)Betroffenheit von Coronafolgen. Die Effekte sind indessen bivariat recht klein. Eine Erklärung der Ablehnung staatlicher/gesellschaftlicher Coronamaßnahmen als Resultat der (Mit)Betroffenheit durch Pandemiefolgen wäre insofern unzureichend.

Die Ablehnung von Corona-Maßnahmen korreliert hoch und positiv mit der Überzeugung, dass die Corona-Pandemie nur einer schweren Grippe entspricht ($r=.73$, $p<.001$). Konsistent dazu wird diese Ansicht im Sinne einer Coronaleugnung von 47.2% derjenigen geäußert, die auch die Coronamaßnahmen ablehnen. Bei denjenigen, die Coronamaßnahmen nicht ablehnen liegt die Rate der Coronaleugner demgegenüber mit 3.8% ganz erheblich niedriger ($\chi^2=144.1$; $df=1$; $p<.001$).

4.1.4 Formen der verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Medien und Wissenschaft

Mit fünf weiteren Fragen wurden Formen der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien erhoben. Es handelt sich um eine Auswahl von Items aus einer Skala, die zur Erfassung von Verschwörungsmentalitäten verwendet wird (vgl. Nachtwey, Schäfer & Frei, 2020; Lamberty & Rees, 2021). Einbezogen wurden solche Items, die speziell die Politik, die Medien und die Wissenschaft als nicht integer, nicht transparent, unlauter sowie im Geheimen von mächtigen Interessengruppen gelenkt (und nicht sich wechselseitig kontrollierend) und in diesem Sinne als verlogen einstufen.

Tabelle 7: Verschwörungstheoretisch konnotierte Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien

	Ablehnung		teils/teils	Zustimmung		gültige N
	1 %	2 %	3 %	4 %	5 %	
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	27.3	23.2	21.4	18.3	9.7	513
Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.	53.3	21.5	17.4	6.4	1.4	516
Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	27.1	23.4	24.6	14.2	10.7	513
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.	32.5	19.7	26.8	11.2	9.7	507
Die Corona-Protteste werden in den etablierten Medien gezielt abgewertet und verzerrt.	29.5	20.9	25.2	11.2	13.1	511

Mit 28% vertreten mehr als ein Viertel der Befragten die Ansicht, dass geheime Organisationen einen großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. 7.8% sind der

Meinung, dass Studien, die einen Klimawandel belegen, gefälscht seien. 24.9% sehen Politiker als Marionetten dahinerstehender Mächte und 20.9% stimmen der Aussage zu, dass Medien und Politik unter einer Decke stecken. Einer weiteren Aussage, wonach gerade Corona-Proteste durch Medien gezielt abgewertet und verzerrt werden, stimmen 24.3% der Befragten zu.

Eine Faktorenanalyse dieser fünf Items ergibt eine klar einfaktorielle Lösung mit 69.2% Varianzaufklärung. Die Skala bildet das latente Konstrukt der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegation von Politik, Wissenschaft und Medien recht gut ab. Die interne Konsistenz der auf Grundlage dieser fünf Items gebildeten Skala ist mit $\alpha=0.89$ mehr als zufriedenstellend. Die so gebildete Skala hat einen Mittelwert von $MW=2.40$ ($SD=1.05$). Bei Dichotomisierung der Skala am absoluten Skalenmittelpunkt (Skalenwerte $>3 = 1$) erweisen sich 25.1% der Befragten sich als überwiegend verschwörungstheoretisch im Sinne der Delegation der hier thematisierten drei großen gesellschaftlichen Institutionen.

Es finden sich deutliche Zusammenhänge mit der politischen Selbstverortung. So erweisen sich die Unterschiede der Mittelwerte der Delegation zwischen den fünf Gruppen der politischen Selbstverortung als statistisch hoch signifikant ($F=12.1$, $df=481;4$, $p<.001$).

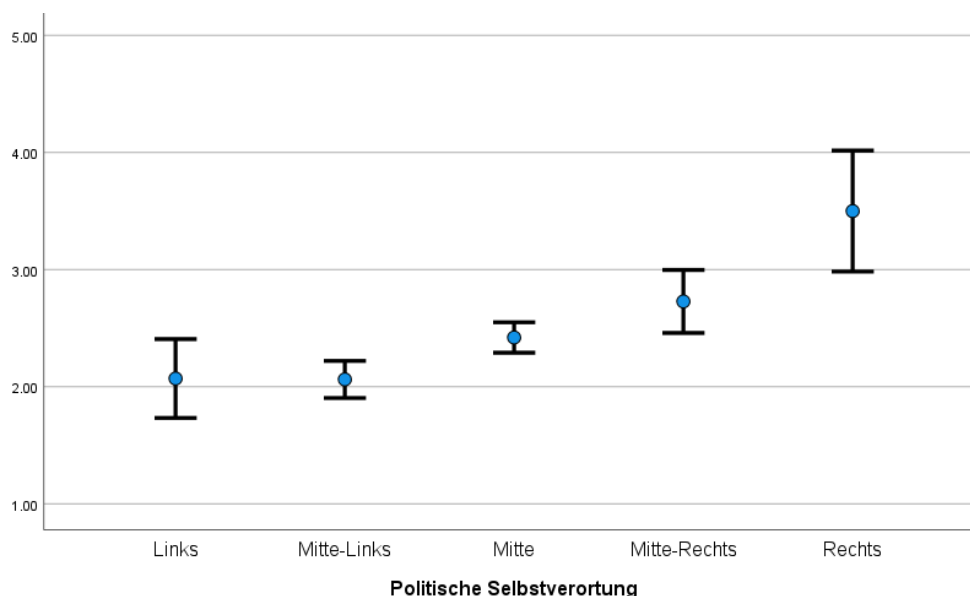


Abbildung 8: *Verschwörungstheoretisch konnotierte Delegation nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts Spektrum: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle*

Ein Post-hoc-Test (Duncan) zeigt eine ähnliche Differenzierung zwischen den Gruppen, wie sie auch für die ablehnenden Einstellungen zu Corona-Maßnahmen festgestellt wurde: Personen, die sich selbst als Links bzw. Mitte-Links eingestuft haben, unterscheiden sich signifikant von Personen, die sich selbst als Mitte-Rechts oder auch Rechts eingestuft haben. Personen, die sich selbst in der Mitte-Kategorie verortet haben, unterscheiden sich hingegen nicht signifikant von denjenigen, die sich Mitte-Rechts einstufen; beide hingegen weisen signifikante Unterschiede zu Personen auf, die sich als politisch Rechts verorten.

Betrachtet man die Rate derer, bei denen eine eindeutige verschwörungstheoretisch konnotierte Delegation von Politik, Wissenschaft und Medien vorliegt, nach ihrer Parteipräferenz, dann zeigen sich klare signifikante Unterschiede ($\chi^2=106.5$; $df=6$; $p<.001$).

Von den Anhängern der AfD stimmen 75.4% den verschwörungstheoretischen Aussagen zu; die Anhänger anderer Parteien liegen alle signifikant darunter. Am geringsten fällt diese Rate bei den Anhängern von Bündnis 90/ Die Grünen aus (5.6%). Lediglich die Gruppe der Unentschlossenen und erklärten Nichtwähler liegt mit einem Anteil von 36.7% ebenfalls signifikant über den anderen Parteien.

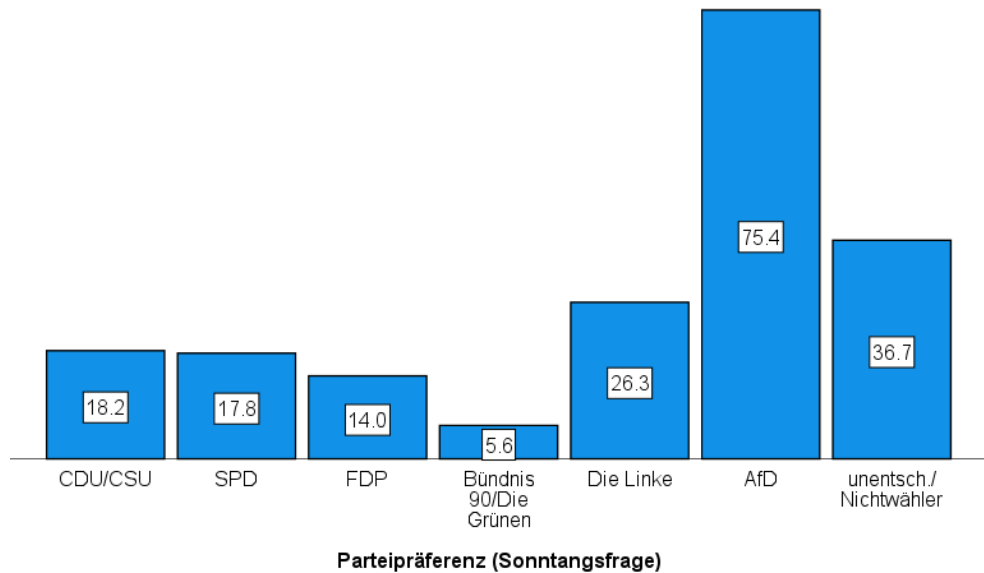


Abbildung 9: Rate der Befragten mit hoher verschwörungstheoretischer Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien nach Parteipräferenz

Die Befunde mit Blick auf ablehnende Haltungen zu staatlichen Corona-Maßnahmen einerseits und Formen einer verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien andererseits sind damit recht ähnlich. Diese beiden Skalen korrelieren auch hoch miteinander ($r=.78$, $p<.001$).

Interessanterweise ist eine verschwörungstheoretische Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien seltener, wenn die Befragten selbst Auswirkungen der Pandemie in Form von Krankheiten, Tod oder beruflichen bzw. wirtschaftlichen Beeinträchtigungen erlebt haben. Während Personen, die für sich und ihr Lebensumfeld gar keine Folgen der Pandemie berichten, zu 31.8% eine solche verschwörungstheoretische Delegitimation artikulieren, sind es bei Befragten, die mindestens eine der Auswirkungen erlebt haben, nur 22.7% ($\chi^2=4.3$; $df=1$; $p<.05$).

4.1.5 Einstellung zu Demokratie und Parteienpluralismus

Mit zwei weiteren Fragen wurde die generelle Bewertung von Demokratie als Staatsform und Parteienpluralität als wichtiges Element der Demokratie erhoben. Das erste Item lautet: „Die Demokratie ist die beste Staatsform“. Die Zustimmung dazu ist im Mittel mit $MW=4.14$ ($SD=1.05$) recht hoch. Es finden sich nur 6.5% der Befragten, die dieser Aussage „gar nicht“ oder „eher nicht“ zustimmen. Das zweite Item lautet: „Parteien, die unterschiedliche Positionen vertreten, sind für eine funktionierende Demokratie notwendig.“ Dieses Item weist mit $MW=4.38$ ($SD=0.86$) ebenfalls einen recht hohen Mittelwert auf. Die Rate derer, die diese Aussage ablehnen, ihr „gar nicht“ oder „eher nicht“ zustimmen, beträgt lediglich 3.0%.

Wie erwartet korrelieren diese beide Items negativ mit dem Ausmaß der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Medien und Staat. Für das erste Item (Demokratie als beste Staatsform) beträgt diese Korrelation $r=-.39$ ($p<.001$); bezogen auf das zweite Item liegt diese mit $r=-.29$ ($p<.001$) etwas niedriger. Insgesamt gilt demnach: Je höher die Ausprägung einer verschwörungstheoretischen Delegitimation, desto wahrscheinlicher ist auch eine negative Bewertung von Demokratie und Parteienvielfalt.

Fasst man diese beiden Items zur Messung der Einstellungen zu Demokratie zusammen, dann finden sich bei 8.5% der Befragten zumindest mit Blick auf eines dieser Items eine ablehnende Haltung zu Demokratie und/oder Parteienvielfalt. Insgesamt überwiegt damit bei den Befragten zumindest global eine positive Bewertung der Demokratie und Parteienvielfalt. Dieser Befund steht im Einklang mit anderen Studien, die insgesamt eine hohe allgemeine positive Bewertung von Demokratie konstatieren (vgl. Decker, Kiess, Schuler, Handke, Pickel & Brähler, 2020, S. 60; Müller & Pollack, 2022, Abb. 3).

Betrachtet man diese Einstellungen nach der politischen Selbstverortung der Befragten, zeigen sich für beide Items signifikante Unterschiede (Einstellung zu Demokratie: $F=4.23$; $df=495;4$, $p<.01$; Einstellung zu Parteipluralismus: $F=4.05$; $df=496;4$, $p<.01$). Diese beruhen darauf, dass sich diejenigen, die sich als eindeutig rechts verorten, signifikant niedrigere Mittelwerte der positiven Demokratiebewertung als alle anderen Befragten aufweisen.

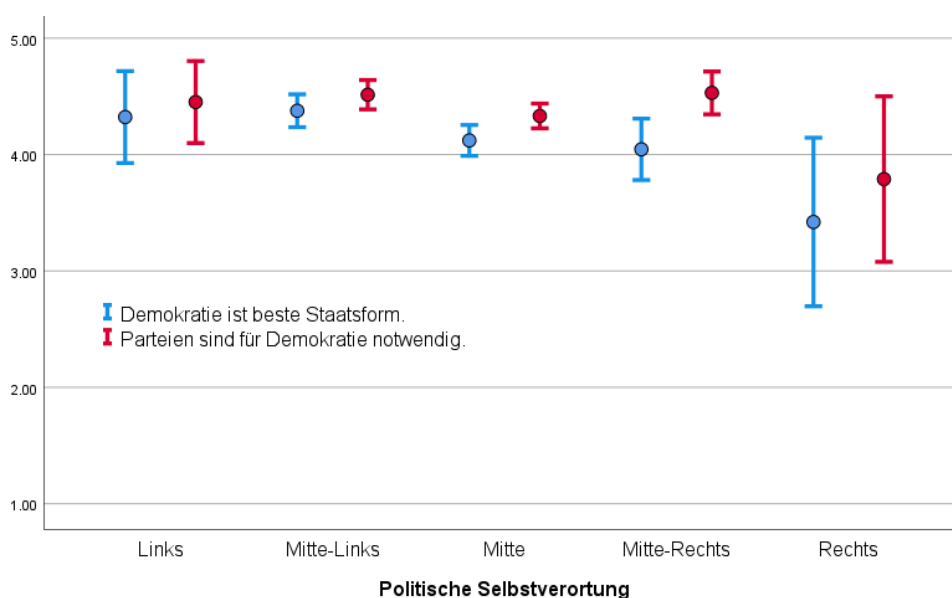


Abbildung 10: Positive Bewertung der Demokratie als Staatsform und des Parteienpluralismus nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts Spektrum: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle

Mit Blick auf die Parteipräferenz (Sonntagsfrage) findet sich eine Ablehnung der Aussage „Die Demokratie ist die beste Staatsform“ nur in relativ geringem Ausmaß. Am höchsten ist diese Ablehnung noch bei den unentschiedenen/Nichtwählern (12.0%) und bei den Anhängern der AfD (10.7%). Diese Unterschiede sind über die verschiedenen Parteien hinweg jedoch nicht signifikant.

Etwas anders sieht das für die Haltung zum Parteienpluralismus aus: Hier findet sich keinerlei Ablehnung bei den Anhängern der CDU/CSU sowie die der FDP.

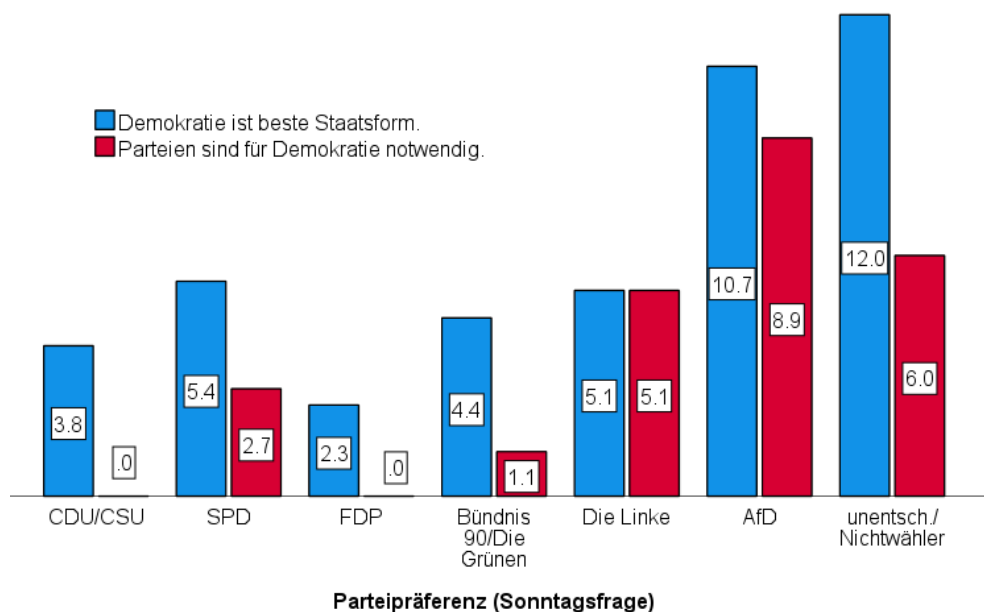


Abbildung 11: Rate der Befragten die Demokratie als Staatsform und Parteienpluralismus nicht positiv bewerten nach Parteipräferenz

Die höchste - und deutlich über dem Durchschnitt aller Gruppen liegende - Ablehnung des Parteienpluralismus weisen Anhänger der AfD auf. Diese Differenzen erweisen sich auch als statistisch signifikant ($\chi^2=13.8$; $df=6$; $p<.05$).

4.1.6 Ausländerfeindliche Einstellungen

Zur Erfassung von Intoleranz und Vorurteilen wurden zum einen spezifisch ausländerfeindliche Einstellungen über eine aus vier Items bestehende Skala gemessen. Das Antwortformat war auch hier fünfstufig (1="stimme gar nicht zu" über 3="teils/teils" bis zu 5="stimme völlig zu").

21.2% der Befragten stimmen danach der Aussage zu, Ausländer wollten den deutschen Staat ausnutzen und auf unsere Kosten hier leben. 11.9% sind der Ansicht, dass Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. 31.4% meinen, es würden zu viele Ausländer in Deutschland leben und 17.5% sind der Ansicht, bei einer Verknappung von Arbeitsplätzen sollten Ausländer wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden.

Tabelle 8: Ausländerfeindliche Einstellungen

	Ablehnung		teils/teils	Zustimmung		N
	1	2	3	4	5	
	%	%	%	%	%	
Ausländer wollen den deutschen Staat nur ausnutzen und auf unsere Kosten leben.	21.6	24.1	33.1	11.8	9.4	532
Ausländer nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg.	42.3	27.2	18.5	6.7	5.2	534
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	28.9	19.1	20.6	15.5	15.9	529
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	41.7	23.6	18.2	6.6	9.9	516

Eine Faktorenanalyse zeigt, dass diese Items auf einem gemeinsamen Faktor laden, der 78.3% der Varianz aufklärt. Die Reliabilität der mit diesen vier Items gebildeten Skala ist

mit $\alpha=.91$ als sehr gut zu bezeichnen. Der Mittelwert der Skala liegt bei $MW=2.40$ ($SD=1.13$).

Bei einer Dichotomisierung am absoluten Skalenmittelpunkt (> 3) finden sich 24.8% der Befragten, die auf der Skala einen Wert von über 3 aufweisen. Diese können als überwiegend ausländerfeindlich und in diesem spezifischen Sinne intolerant eingestuft werden. 13.2% weisen sogar einen Wert von 4 oder mehr auf. Diese können als eindeutig ausländerfeindlich im Sinne dieser Skala eingeordnet werden.

Gruppiert man die Befragten nach ihrer politischen Selbsteinschätzung, dann zeigen sich deutliche Mittelwertunterschiede. Im Bereich der politisch rechten Selbstverortung ist der Mittelwert ausländerfeindlicher Einstellungen erwartungsgemäß ganz erheblich erhöht. Die Differenzen zwischen Links und Mitte-Links sind statistisch nicht signifikant. Alle anderen Gruppen unterscheiden sich hingegen statistisch signifikant ($F=47.37$; $df=498;4$, $p<.001$).

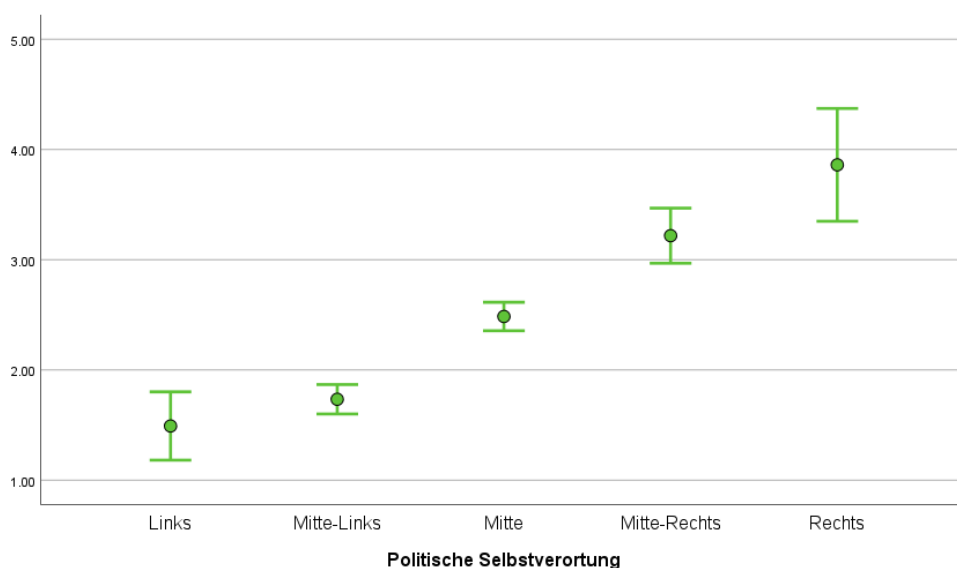


Abbildung 12: *Ausländerfeindliche Einstellungen nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts Spektrum: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle*

Es findet sich ferner eine signifikante positive Korrelation der ausländerfeindlichen Einstellungen mit der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Medien und Wissenschaft ($r=.57$, $p<.001$): Die verschwörungstheoretische Delegitimation geht demnach mit einer deutlichen Steigerung der Ausprägung ausländerfeindlicher Einstellungen einher.

4.1.7 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Für eine umfassendere, über Ausländerfeindlichkeit alleine hinausgehende, Erfassung von Intoleranz und Vorurteilen, wurden insgesamt 13 Items aus dem etablierten Inventar zur Messung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) verwendet (vgl. Zick, Berghan & Mokros, 2019). Diese Items sind theoretisch sechs Subdimensionen zuzuordnen (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus), die gemeinsam das latente Konstrukt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erfassen. Als Antwortmöglichkeiten war auch hier, wie in der jüngsten Mitte-Studie, eine fünfstufige Likert-Skala verwendet worden (vgl. Rump & Mayerböck, 2021, S. 40). Zwei dieser Items sind auch Bestandteil der o.a. Skala zur Ausländerfeindlichkeit.

Tabelle 9: Formen der Intoleranz: Verteilung der Einzelitems der Skala „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“

	Ablehnung		teils/teils	Zustimmung		N
	1	2	3	4	5	
	%	%	%	%	%	
Rassismus						
Aussiedler sollten bessergestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	41.8	24.6	21.0	8.5	4.2	505
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	65.5	16.2	10.9	4.9	2.5	513
Fremdenfeindlichkeit						
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	28.9	19.1	20.6	15.5	15.9	529
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	41.7	23.6	18.2	6.6	9.9	516
Antisemitismus						
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	62.4	16.9	12.5	5.4	2.8	502
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	69.5	14.9	8.1	5.1	2.4	509
Heterophobie						
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	64.3	13.4	12.1	4.6	5.6	521
In der Gegenwart von Behinderten fühlt man sich manchmal unwohl.	58.8	21.4	13.4	4.8	1.7	524
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	21.9	21.4	34.4	15.8	6.5	524
Etabliertenvorrechte						
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	19.2	16.7	31.8	22.0	10.3	522
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	35.8	18.7	20.8	15.4	9.3	525
Sexismus						
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	65.4	16.0	11.2	4.9	2.5	526
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	75.6	12.3	7.2	3.4	1.5	528

Die Reliabilität einer auf Basis dieser Items gebildeten Gesamtskala ist mit $\alpha=.91$ sehr gut. Diese Gesamtskala hat einen Mittelwert von $MW=2.03$ ($SD=0.79$). Werte oberhalb der absoluten Skalenmitte (>3) weisen 13.9% der Befragten auf.

Im Hinblick auf die sechs Subskalen lassen sich folgende Feststellungen treffen:

- Die Subskala Rassismus hat einen Mittelwert von $MW=1.85$ ($SD=.95$). Werte über 3 finden sich hier für 9.5%.
- Die Subskala Fremdenfeindlichkeit hat einen Mittelwert von $MW=2.47$ ($SD= 1.29$). Werte über 3 finden sich für 25.8%.
- Die Subskala Antisemitismus hat einen Mittelwert von $MW=1.63$ ($SD=.97$). Werte über 3 finden sich für 8.8%.
- Die Subskala Heterophobie hat einen Mittelwert von $MW=2.03$ ($SD=.85$). Werte über 3 finden sich für 10.1%.
- Die Subskala Etabliertenvorrechte hat einen Mittelwert von $MW=2.66$ ($SD=1.16$). Werte über 3 finden sich für 31.6%.

- Die Subskala Sexismus hat einen Mittelwert von MW=1.53 (SD=.89). Werte über 3 finden sich für 5.5%.

Betrachtet man die Raten sich in diesem Sinne intolerant artikulierender Personen in Bezug auf die sechs Subdimensionen der GMF-Skala einerseits und in Bezug auf die Gesamtskala GMF andererseits nun in Abhängigkeit von der Ausprägung verschwörungstheoretischer Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien, so zeigen sich eindeutige Zusammenhänge: Im Falle hoher verschwörungstheoretisch geprägter delegitimierender Einstellungen (Skalenwerte > 3) zeigen sich deutlich erhöhte Raten intoleranter Personen. Alle bivariaten Differenzen sind statistisch hoch signifikant.

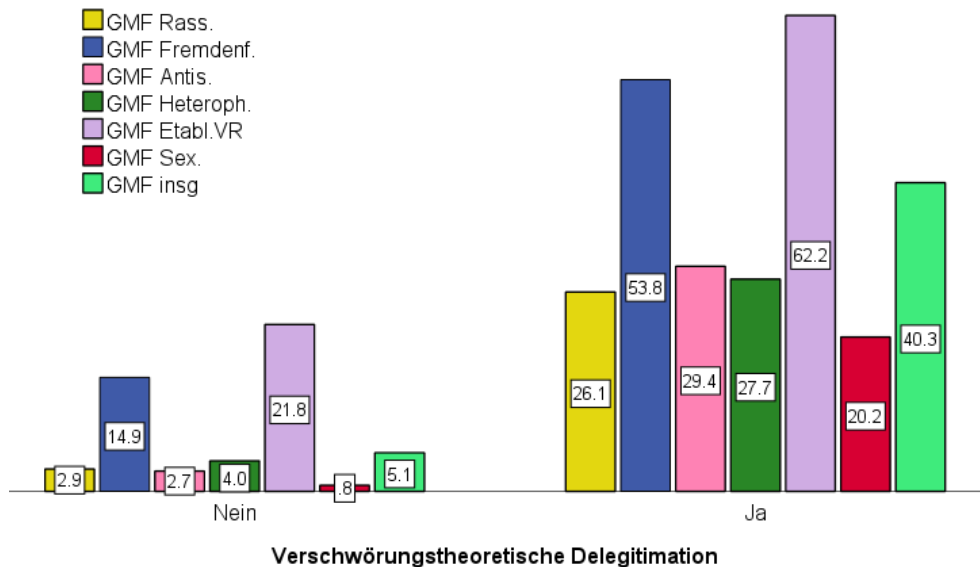


Abbildung 13: Raten intoleranter Personen je Dimension der GMF-Skala und GMF-Gesamtskala in Abhängigkeit von verschwörungstheoretischer Delegitimation (dichotomer Indikator für Werte > 3)

Für den Gesamtskalenwert der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigen sich hochsignifikante Unterschiede für die fünf Gruppen der politischen Selbstverortung der Befragten im Links-Rechts-Spektrum ($F=32.3$, $df=495;4$, $p<.001$).

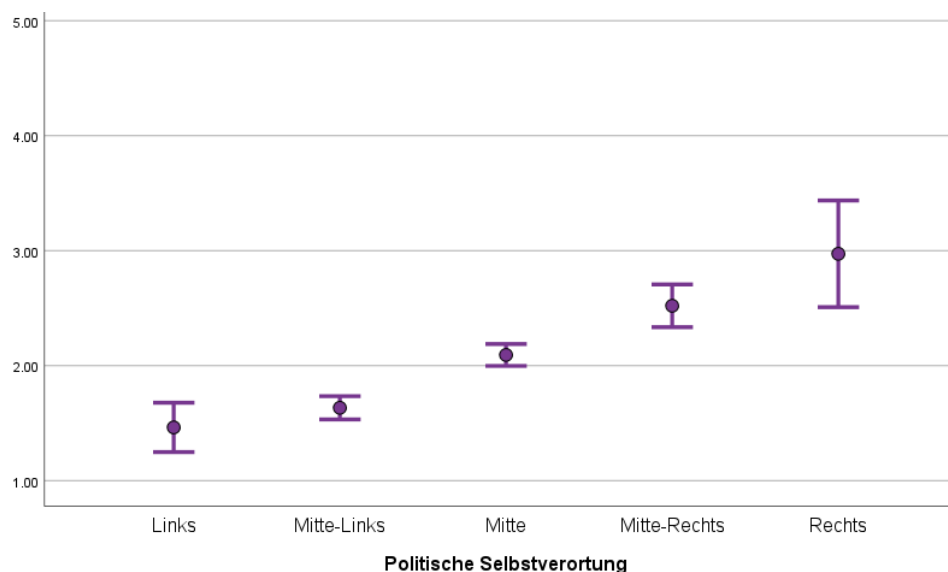


Abbildung 14: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Gesamtskala) nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts Spektrum: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle

Im Post-hoc-Test (Duncan) lassen sich vier signifikant unterschiedliche Gruppen differenzieren: Personen, die sich selbst Links oder Mitte-Links verorten, weisen danach die niedrigsten Werte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf. Diese werden gefolgt von den Personen, die sich selbst in der Mitte verorten, danach folgen jene, die sich Mitte-Rechts verorten und die höchsten Werte finden sich letztlich bei den Befragten, die sich selbst Rechts verorten.

Bezogen auf die Parteipräferenz fallen die Unterschiede der Befürwortung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zwischen einzelnen Gruppen ebenfalls signifikant aus ($\chi^2=50.0$; $df=6$; $p<.001$).

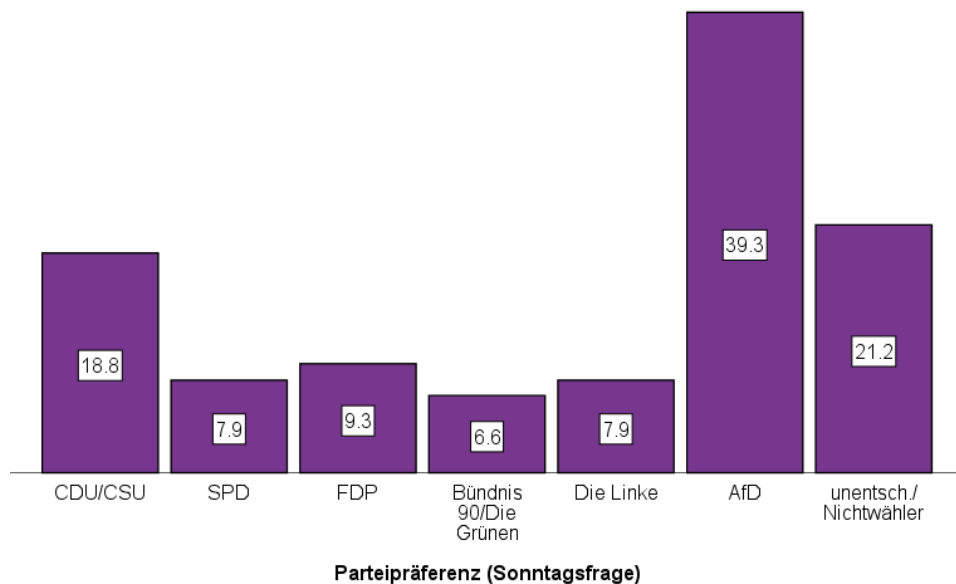


Abbildung 15: *Rate der Befragten mit hoher gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nach Parteipräferenz*

Überdurchschnittliche Raten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit finden sich bei den Anhängern der AfD, von denen 39.3% solche intoleranten Einstellungen aufweisen. Die geringsten - und signifikant unter dem Durchschnitt liegenden - Raten weisen mit 6.6% die Anhänger von Bündnis 90/ Die Grünen und mit 7.9% die von SPD und Die Linke auf.

4.1.8 Einstellungen zu Coronaprotesten

Neben Einstellungen, welche die Haltung zu gesellschaftlichen Aktivitäten und politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie betreffen, wurden die Befragten zusätzlich auch gebeten, Angaben zu ihren Haltungen im Hinblick auf die Proteste und Aktionen gegen die staatliche Coronapolitik zu machen.

25.8% der Befragten geben dazu an, Verständnis für Menschen zu haben, die an Demonstrationen gegen die staatlichen Coronamaßnahmen teilnehmen. 23.8%, also etwa ein weiteres Viertel, äußern sich hier eher unentschlossen, während die Hälfte (50.3%) klar artikuliert, dafür kein Verständnis zu besitzen. Insoweit sind die Meinungen zu den Coronaprotesten zum Zeitpunkt dieser Befragung offenkundig recht gespalten.

Selbst aktiv an einer Demonstration teilnehmen würde nur eine deutliche Minderheit von 10.7%. Weitere 8.5% sind unentschlossen und 80.8% würden sich daran nicht beteiligen.

Insoweit ist das aktive Potential für solche Proteste gegen Coronamaßnahmen quantitativ begrenzt.

Tabelle 10: Einstellungen zu Coronaprotesten: Verständnis für Demonstrationen und eigene Demonstrationsbereitschaft

	Ablehnung		teils/teils	Zustimmung		MW	SD	gültige N
	1	2	3	4	5			
	%	%	%	%	%			
Ich habe Verständnis für die Menschen, die an Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen teilgenommen haben.	30.2	20.1	23.8	14.4	11.4	2.57	1.35	533
Ich würde an einer Demonstration gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen teilnehmen, wenn eine in meiner Umgebung organisiert werden würde.	66.7	14.1	8.5	6.6	4.1	1.67	1.13	532

Wie zu erwarten, finden sich zwischen den Angaben zu diesen beiden Items zu Coronaprotesten und der Ablehnung der staatlichen/gesellschaftlichen Coronamaßnahmen statistisch signifikante Zusammenhänge. Je stärker die Coronamaßnahmen abgelehnt werden, desto höher ist auch das Verständnis für Menschen, die an Demonstrationen gegen die staatlichen Coronamaßnahmen teilnehmen ($r=.67$, $p<.001$) und desto höher ist auch die Bereitschaft, selbst an Demonstrationen gegen staatliche Corona-Maßnahmen teilzunehmen ($r=.62$, $p<.001$).

Weiter zeigen sich statistisch signifikante Zusammenhänge der Einstellungen zu Coronaprotesten mit der Ausprägung der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien: Je ausgeprägter die verschwörungstheoretische Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien, desto höher ist auch das Verständnis für Menschen, die an Demonstrationen gegen die staatlichen Coronamaßnahmen teilnehmen ($r=.56$, $p<.001$), und desto höher ist ebenfalls die Bereitschaft, selbst aktiv an Demonstrationen teilzunehmen ($r=.64$, $p<.001$). Insoweit ist eine verschwörungstheoretische Delegitimation im Bereich des Coronaprotestpotentials signifikant erhöht.

Konsistent damit sind positive signifikante Korrelationen der Zustimmung zur Aussage, das Corona-Virus entspräche nur einer schweren Grippe sowohl mit dem Verständnis für Coronademonstrationen ($r=.57$, $p<.001$) als auch mit der Bereitschaft, selbst an einer solchen Demonstration teilzunehmen ($r=.61$, $p<.001$) zu identifizieren.

Personen mit einem Verständnis für Menschen, die an Coronademonstrationen teilnehmen, lassen sich ebenso wie Personen, die eine eigene Bereitschaft, aktiv an Demonstrationen teilzunehmen artikulieren, im gesamten Spektrum der politischen Selbstverortung finden. Allerdings ist die durchschnittliche Ausprägung des Verständnisses für gegen Corona demonstrierende Personen bei den eher Rechtsorientierten signifikant erhöht ($r=0.15$, $p<.001$). Dies gilt auch für die Bereitschaft, selbst an solchen Demonstrationen teilzunehmen ($r=.24$, $p<.001$).

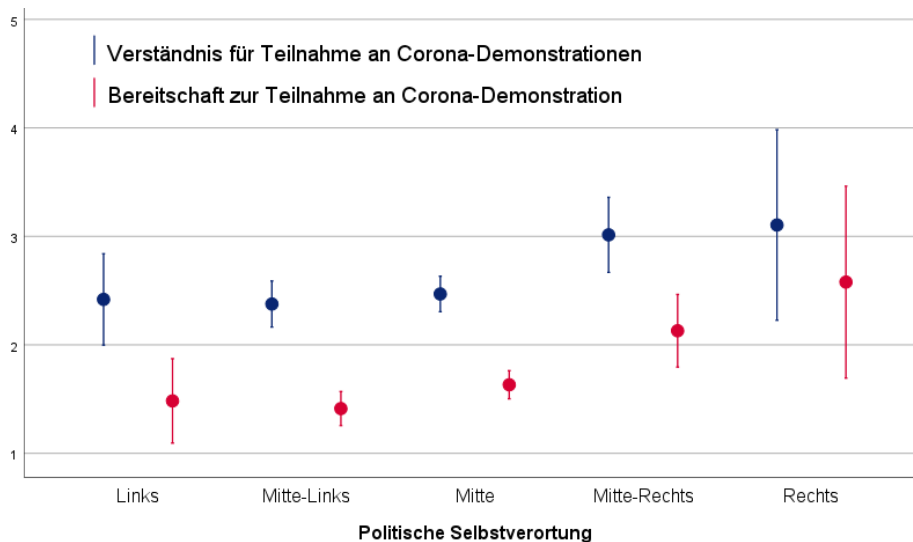


Abbildung 16: *Verständnis für Menschen, die an Coronademonstrationen teilnehmen und Bereitschaft, selbst aktiv an Coronademonstrationen teilzunehmen, nach politischer Selbstverortung im Links-Rechts Spektrum: Mittelwerte und 95% Konfidenzintervalle*

Auch mit Blick auf die Parteipräferenz zeigen sich deutliche Divergenzen: Ein Verständnis für Personen, die gegen Coronamaßnahmen demonstrieren, ist bei Anhängern der AfD mit 63.2% am häufigsten anzutreffen. An zweiter Stelle liegen die Anhänger der Linken (34.1%) und der FDP (30.2%). Am geringsten sind diese Raten bei Anhängern der Grünen, gefolgt von CDU/CSU und der SPD ($\chi^2=67.8$; $df=6$; $p<.001$).

Auf einem niedrigeren Niveau sind auch die Raten der Personen, die selbst bereit wären, aktiv an Coronademonstrationen teilzunehmen, bei den Anhängern der verschiedenen Parteien sehr unterschiedlich. Erneut findet sich die höchste Zustimmung bei den Anhängern der AfD (31.6%). Die Raten für Die Linke (14.6%) und die FDP (14.0%) sind nur noch halb so hoch. Am niedrigsten sind diese Raten bei Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen mit 4.4%, der SPD mit 5.3% und der CDU/CSU mit 6.3% ($\chi^2=38.7$; $df=6$; $p<.001$).

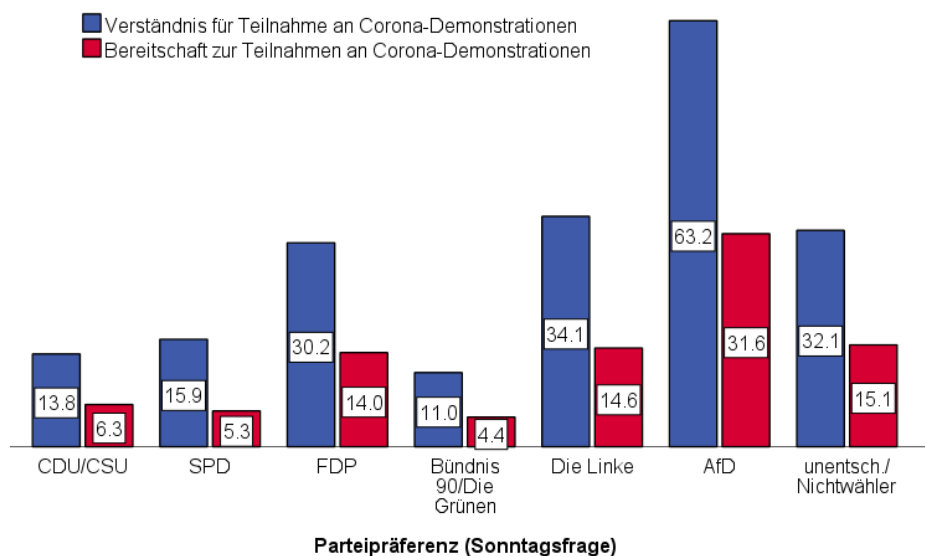


Abbildung 17: *Anteile Befragter mit Verständnis für die Teilnahme anderer an Coronademonstrationen und eigener Bereitschaft selbst an Coronademonstrationen teilzunehmen, nach Parteipräferenz (Sonntagsfrage)*

Interessanterweise finden sich kaum Unterschiede der Rate der Befragten mit Verständnis für Coronademonstrationen in Abhängigkeit von deren Konfrontation mit an COVID-19 Erkrankten oder dadurch verursachten Todesfällen im eigenen Lebensumfeld.

Tabelle 11: Raten Befragter mit Verständnis für Teilnehmer an Coronademonstrationen und Raten Befragter mit eigener aktiver Demonstrationsbereitschaft in Abhängigkeit von erlebten Coronafolgen

	Prozentrate Befragte mit Verständnis für Demonstranten (>3)	Prozentrate Befragte mit aktiver Demonstrationsbereitschaft (>3)
Persönliche Bekanntschaft mit Corona-Erkranktem		
Ja	24.1%	7.7%
Nein	28.7%	15.4%
Signifikanztest	n.s.	p<.01
Todesfall wegen Corona in Bekanntschaft/Familie		
Ja	28.8%	10.2%
Nein	25.8%	10.8%
Signifikanztest	n.s.	n.s.
Finanzielle Einbußen wegen Corona		
Ja	32.8%	11.0%
Nein	23.3%	10.4%
Signifikanztest	p<.05	n.s.
Berufliche Einschränkungen wegen Corona		
Ja	27.4%	16.2%
Nein	25.5%	9.4%
Signifikanztest	n.s.	p<.05

Persönlich im Zuge der COVID-19-Pandemie erlebte finanzielle Einbußen gehen demgegenüber mit einem erhöhten Verständnis für Menschen einher, die gegen Coronamaßnahmen demonstrieren (32.8%) im Vergleich zu Personen, die keine coronabedingten finanziellen Einschränkungen erlebten. Bei Letzteren ist ein solches Verständnis nur bei 23.3% anzutreffen. Selbst erlebte berufliche Einbußen aufgrund von Corona zeigen eine ähnliche Tendenz, sind statistisch jedoch nicht signifikant.

Im Hinblick auf die Bereitschaft, selbst aktiv an Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen teilzunehmen, findet sich ein ganz deutlicher Unterschied: Sofern Personen in ihrem unmittelbaren Umfeld selbst Erfahrungen mit einer Coronaerkrankung hatten, ist ihre Bereitschaft aktiv an Coronademonstrationen teilzunehmen mit 7.7% deutlich niedriger als in Fällen, in denen eine solche Konfrontation mit Krankheit im eigenen Umfeld nicht bestand (15.4%). In die gleiche Richtung, allerdings deutlich weniger ausgeprägt und daher statistisch nicht signifikant, zeigen sich die Differenzen mit Blick auf die Konfrontation mit Todesfällen im eigenen Umfeld.

Demgegenüber steigert das Erleben beruflicher Einschränkungen wegen Corona die eigene aktive Demonstrationsbereitschaft. Personen mit beruflichen Einschränkungen infolge von Corona erklären zu 16.2%, auch selbst zu aktiver Teilnahme an Coronademonstrationen bereit zu sein, bei Personen ohne solche beruflichen Folgen sind dies nur 9.4%. Bei finanziellen Einbußen gehen die Unterschiede in eine ähnliche Richtung, sind aber statistisch nicht signifikant.

Insgesamt finden sich damit für miterlebte gesundheitliche Folgen einerseits und selbst erlebte materielle/berufliche Folgen andererseits gegenläufige Effekte auf die Demonstrationsbereitschaft und das Protestpotential: Konfrontation mit realen gesundheitlichen Folgen reduziert diese eher, während Konfrontation mit negativen wirtschaftlichen, insbesondere beruflichen Folgen hier steigernde Wirkungen besitzen.

4.2 Ergebnisse multivariater Analysen

Im Rahmen multivariater Analysen wurde weiter geprüft, inwieweit die Effekte der beiden zentralen unabhängigen Variablen – eine verschwörungstheoretisch konnotierte Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien (UV1) und eine (pauschalisierend negative) ablehnende Einstellung zu gesellschaftlichen und politischen Coronamaßnahmen (UV2) – zu einer negativen Bewertung von Demokratie und demokratischen Prinzipien (AV 1) einerseits sowie andererseits zu Erhöhungen der Wahrscheinlichkeit von Intoleranz in Form von Ausländerfeindlichkeit (AV 2) und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (AV 3) beitragen. Weiter wird geprüft, inwieweit multivariate Zusammenhänge der beiden UV mit der Bereitschaft bestehen, sich aktiv an Demonstrationen gegen die Coronapolitik zu beteiligen (AV 4).

Da es sich bei den vier genannten abhängigen Variablen um kategoriale, nicht normalverteilte Größen handelt, wurden für die folgenden multivariaten Analysen als nichtparametrische Verfahren hierarchische logistische Regressionsanalysen verwendet. Die abhängigen Variablen wurden zu diesem Zweck dichotom (0/1) codiert.

Ziel der folgenden Analyse ist die Untersuchung der Frage, inwieweit Zusammenhänge zwischen den beiden hier im Mittelpunkt stehenden UV und den vier genannten AV auch nach statistischer Kontrolle von Alter, Geschlecht und Bildung sowie unter Beachtung von eigenen Erfahrungen mit COVID-19 (in Form von Erkrankung und Tod im unmittelbaren Lebensumfeld bzw. als eigene finanzielle oder berufliche Folgen der Pandemie) weiterhin nachweisbar sind. Statistisch kontrolliert werden ferner auch mögliche Effekte der politischen Selbstverortung im Links-Rechts-Spektrum.

4.2.1 Ablehnung von Demokratie und Parteienvielfalt

Eine erste Serie hierarchischer logistischer Regressionsmodelle betrifft als abhängige Variable (AV) die pauschale negative Bewertung von Demokratie als Staatsform und/oder von Parteienvielfalt als wichtiges Element einer Demokratie. In der analysierten Stichprobe finden sich wie o.a. 8.5%, die sich in diesem Sinne ablehnend zu Demokratie und/oder Parteienvielfalt äußern. Dies entspricht den Größenordnungen einer ablehnenden Haltung zur Demokratie, wie sie auch in anderen Studien gefunden wurden (vgl. z.B. Küpper, Berghan, Zick & Rump, 2021, S. 48).

In Modell 1 wurden als Kontrollvariablen Alter, Geschlecht und Bildung einbezogen. Es zeigt sich hier nur für die Bildung ein statistisch signifikanter Effekt in die erwartete Richtung: Höhere Bildung geht mit einer Verringerung des Risikos von Demokratieablehnung in der hier operationalisierten Form einher.

In Modell 2 werden die Effekte erlebter Coronafolgen, unter statistischer Kontrolle von Alter, Geschlecht und Bildung, auf die Demokratieablehnung analysiert. Es zeigt sich ein statistisch signifikanter Effekt erneut nur für Bildung. Erlebte berufliche Nachteile durch die Coronamaßnahmen tragen zwar tendenziell zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von

Demokratieablehnung bei. Dieser Effekt ist aber nicht auf dem 5% Niveau signifikant. Die Varianzaufklärung dieses Modells 2 ist mit nur 8.1% zudem recht begrenzt. D.h. selbst erlebte Coronafolgen tragen nur sehr begrenzt zur Erklärung einer Ablehnung von Demokratie bei.

Tabelle 12: Hierarchische logistische Regression von Demokratieablehnung auf selbst erlebte Coronafolgen, ablehnende Einstellungen zu Coronamaßnahmen sowie verschwörungstheoretisch konnotierte Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4a	Modell 4b	Modell 5
Alter	1.20 ⁻¹	1.16 ⁻¹	1.16 ⁻¹	1.10 ⁻¹	1.12 ⁻¹	1.14 ⁻¹
Geschlecht (männlich=1)	1.16 ⁻¹	1.30 ⁻¹	1.32 ⁻¹	1.41 ⁻¹	1.32 ⁻¹	1.45 ⁻¹
Bildung (Abitur=1)	2.94 ⁻¹ **	2.86 ⁻¹ **	1.70 ⁻¹	1.96 ⁻¹	2.44 ⁻¹ *	2.00 ⁻¹
Berufliche Folgen Corona (ja=1)		1.99	1.99	2.02	2.11	1.84
Finanzielle Folgen Corona (ja=1)		1.49	1.48	1.36	1.44	1.36
Coronatod im Umfeld (ja=1)		2.22 ⁻¹	2.27 ⁻¹	2.63 ⁻¹	2.44 ⁻¹	2.44 ⁻¹
Coronakrankheit im Umfeld (ja=1)		1.35 ⁻¹	1.28 ⁻¹	1.14 ⁻¹	1.19 ⁻¹	1.22 ⁻¹
links/rechts Selbsteinstufung, Grad rechter Orientierung, (cont.)			1.12	1.00	1.07	1.01
Verschwörungstheoret. Delegitimation (cont.)				2.04 ***	-	3.15 ***
Ablehnung gesell./ staatl. Coronamaßnahmen (cont.)					1.35	1.64 ⁻¹
Modellfit ($\Delta\chi^2$, p)	8.88*	7.21	1.31	15.84 ***	3.55	3.60
Modellfit (χ^2, p)	8.88*	16.09 *	17.39 *	33.23 ***	20.94 *	36.83 ***
R²	4.5%	8.1%	8.8%	16.5%	10.5%	18.2%

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios und die Ergebnisse von Signifikanztests (Wald-Test), risikosenkende Effekte werden als Kehrwert 1/OR in Exponentialschreibweise dargestellt. *= $p < .05$; **= $p < .01$; ***= $p < .001$; Nagelkerke Pseudo R²

In Modell 3 wird zusätzlich die Selbstverortung im Links-Rechts-Spektrum als Prädiktor einbezogen. Im Ergebnis trägt die Selbstverortung nicht zur Erklärung von Demokratieablehnung bei. Allerdings ist der zuvor noch signifikante Effekt der Bildung nun nicht mehr relevant. Mit 8.8% ist die Varianzaufklärung auch hier recht begrenzt.

In Modell 4a zeigt sich weiter, dass Einstellungen im Sinne einer verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien mit einer Odds-Ration von 2.04 einen hoch signifikanten Effekt auf die Ablehnung von Demokratie haben. Die Berücksichtigung dieser Einstellung erhöht die Varianzaufklärung des Modells ganz deutlich von 8.8% auf 16.5%, also auf etwa das Doppelte.

Im Vergleich dazu ist in Modell 4b der Effekt ablehnender Haltungen gegenüber Coronamaßnahmen auf Demokratieablehnung kaum nachweisbar; der leicht positive Effekt erweist sich statistisch als nicht signifikant. Jedoch ist nun der Demokratieablehnung reduzierende Effekt hoher Schulbildung wieder vorhanden, wenn die verschwörungstheoretische Delegitimation (die negativ mit Bildung korreliert ist) nicht in das Modell einbezogen wird. Im Vergleich zum Effekt verschwörungstheoretischer Delegitimation ist die Varianzaufklärung mit 10.5% deutlich schwächer als in Modell 4a.

Modell 5 kommt schließlich zu dem Ergebnis, dass die Ablehnung staatlicher Coronamaßnahmen keinen über die Effekte von verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimationen hinausgehenden Effekt auf Demokratieablehnung hat.

In der Summe ist somit als Ergebnis dieses ersten Blocks der multivariaten Analyse festzuhalten, dass Einstellungen im Sinne einer verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien mit einer hoch signifikanten Erhöhung der generellen Ablehnung von Demokratie und Parteienvielfalt verbunden sind. Die Konfrontation mit beruflichen Belastungen und Nachteilen infolge der Coronapandemie sowie die Konfrontation mit Krankheit oder Tod im eigenen Lebensumfeld haben keine solchen Effekte.

Die statistische Kontrolle der Selbstverortung im Links-Rechts-Spektrum sichert bei diesen Analysen, dass die festgestellten Effekte verschwörungstheoretischer delegitimierender Haltungen nicht alleine auf eine rechte politische Orientierung als mögliche Drittvariable zurückzuführen sind, sondern unabhängig davon und darüber hinaus bestehen.

4.2.2 Ausländerfeindliche Einstellungen

Eine zweite Serie hierarchischer logistischer Regressionsmodelle betrifft als abhängige Variable (AV) ausländerfeindliche Einstellungen. Diese AV wurde erneut dichotom (0/1) codiert. In der analysierten Stichprobe artikulieren wie o.a. 24.8% in diesem Sinne ausländerfeindliche Einstellungen.

In Modell 1 findet sich erneut und im Einklang mit der Forschung in diesem Feld ein signifikanter und starker Effekt für Bildung: Hohe Schulbildung geht mit einer Verringerung der Wahrscheinlichkeit ausländerfeindlicher Einstellungen einher. Sie wirkt im Sinne einer Reduktion des Risikos von Ausländerfeindlichkeit um den Faktor 3. Alter und Geschlecht haben daneben keine signifikanten Effekte. Dieses Basismodell klärt allerdings nur 8.8% der Varianz der abhängigen Variable auf.

In Modell 2 zeigt sich, dass individuell (mit)erlebte Coronafolgen, unter Kontrolle von Alter, Geschlecht und Bildung, ebenfalls statistisch signifikante Effekte haben. Diese betreffen das Erleben von Krankheit und das Erleben von Tod im eigenen Lebensumfeld. Berufliche und finanzielle Nachteile infolge von Corona haben hier keine Effekte. Die Varianzaufklärung dieses Modells 2 ist mit 13.1% in Relation zu Modell 1 zwar etwas verbessert aber weiterhin recht begrenzt.

Die Berücksichtigung der politischen Selbstverortung in Modell 3 verbessert die Varianzaufklärung dann weiter substanziell auf 29.3%. Je stärker politisch rechts orientiert eine Person sich beschreibt, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit einer ausländerfeindlichen Einstellung. Weiterhin signifikant ist in diesem Modell die Bildung. Von den Coronafolgen erweist sich nur noch das Erleben von Tod im eigenen Lebensumfeld als signifikant.

Tabelle 13: Hierarchische logistische Regression von Ausländerfeindlichkeit auf selbst erlebte Coronafolgen, ablehnende Einstellungen zu Coronamaßnahmen sowie verschwörungstheoretisch konnotierte Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4a	Modell 4b	Modell 5
Alter	1.00	1.01 ⁻¹	1.02 ⁻¹	1.09	1.09	1.10
Geschlecht (männlich=1)	1.01 ⁻¹	1.07 ⁻¹	1.19 ⁻¹	1.25 ⁻¹	1.19 ⁻¹	1.25 ⁻¹
Bildung (Abitur=1)	3.33 ⁻¹ ***	3.57 ⁻¹ ***	3.45 ⁻¹ ***	2.50 ⁻¹ **	3.03 ⁻¹ ***	2.50 ⁻¹ **
Berufliche Folgen Corona (ja=1)		1.40	1.52	1.52	1.77	1.56
Finanzielle Folgen Corona (ja=1)		1.55	1.64	1.30	1.42	1.29
Coronatod im Umfeld (ja=1)		2.16 *	2.12 *	2.10	1.86	2.05
Coronakrankheit im Umfeld (ja=1)		1.69 ⁻¹ *	1.45 ⁻¹	1.22 ⁻¹	1.23 ⁻¹	1.22 ⁻¹
links/rechts Selbsteinstufung, Grad rechter Orientierung, (cont.)			1.74 ***	1.56 ***	1.59 ***	1.56 ***
Verschwörungstheoret. Delegitimation (cont.)				2.78 ***		2.50 ***
Ablehnung gesell./ staatl. Coronamaßnahmen (cont.)					2.09 ***	1.14
Modellfit ($\Delta\chi^2$, p)	27.32 ***	13.93 **	57.13 ***	56.87 ***	37.18 ***	0.45 19.51 ***
Modellfit (χ^2 , p)	27.32 ***	41.25 ***	98.38 ***	155.25***	136.19 ***	155.70 ***
R ²	8.8%	13.1%	29.3%	43.6%	39.0%	43.7%

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios und die Ergebnisse von Signifikanztests (Wald-Test), risikosenkende Effekte werden als Kehrwert 1/OR in Exponentialschreibweise dargestellt.
 * = p < .05; ** = p < .01; *** = p < .001; Nagelkerke Pseudo R²

In Modell 4a zeigt sich dann, dass Einstellungen im Sinne einer verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien mit einer Odds-Ratio von 2.78 einen hoch signifikanten und starken Effekt auf Ausländerfeindlichkeit haben. Die Berücksichtigung dieses Einflussfaktors erhöht die Varianzaufklärung des Modells ganz deutlich von 29.3% auf 43.6%. Der Ausländerfeindlichkeit reduzierende Effekt hoher Schulbildung ist hier weiterhin statistisch signifikant und recht stark.

Im Modell 4b wird anstelle der verschwörungstheoretischen Delegitimation die ablehnende Haltung gegenüber Coronamaßnahmen als Prädiktor in das Modell aufgenommen. Auch diese Einstellung hat einen statistisch signifikanten, starken Effekt im Sinne einer Steigerung der Wahrscheinlichkeit des Auftretens ausländerfeindlicher Einstellungen. Die Erhöhung der Varianzaufklärung im Vergleich zu Modell 3 ist aber nicht ganz so ausgeprägt. Das Modell 4b erreicht eine Varianzaufklärung von 39.0%.

In Modell 5 erweist sich schließlich, dass die Ablehnung staatlicher Coronamaßnahmen keinen relevanten, über die Effekte von verschwörungstheoretischer Delegitimation und Bildung hinausgehenden Effekt auf Ausländerfeindlichkeit besitzt.

In der Summe zeigt sich damit in diesem zweiten Block der multivariaten Analysen, dass ausländerfeindliche Einstellungen als eine spezifische, für demokratische Gesellschaften problematische Form von Intoleranz sehr stark mit der verschwörungstheoretischen konnotierten Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien in Verbindung stehen. Wichtige Einflussfaktoren sind darüber hinaus noch die Bildung, die sich im Falle hoher Bildung reduzierend auf das Risiko ausländerfeindlicher Einstellungen auswirkt, sowie die politische Orientierung: Eine rechte politische Orientierung geht mit einer signifikanten Erhöhung der Wahrscheinlichkeit ausländerfeindlicher Einstellungen einher.

Das hier geprüfte Gesamtmodell ist mit einer Varianzaufklärung von 43.7% als sehr zufriedenstellend zu bezeichnen. Auffallend ist erneut, dass die Effekte der verschwörungstheoretischen konnotierte Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien auf die abhängige Variable, hier Ausländerfeindlichkeit, auch nach statistischer Kontrolle der Auswirkungen von Bildung und politischer Orientierung (Selbstverortung) als statistisch signifikante und in ihrer Höhe auch relevante Effekte nachweisbar sind, also nicht alleine auf diese Größen als mögliche Drittvariable zurückgeführt werden können.

4.2.3 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Pauschale Ablehnung und Vorurteile gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten

Eine dritte multivariate Prüfung richtet sich darauf, die Effekte der hier in den Blick genommenen unabhängigen Variablen auf Vorurteile umfassender zu prüfen, d.h. über spezifisch ausländerfeindliche Haltungen hinausgehend. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht hier das Konstrukt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) als abhängige Variable (AV).

Eine intolerante Haltung im Sinne einer hohen gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit als AV wurde durch Dichotomisierung der GMF-Gesamtskala am absoluten Skalenmittelpunkt (Werte $> 3 = 1$, Werte $\leq 3 = 0$) operationalisiert. In der analysierten Stichprobe artikulieren 13.9% der Befragten intolerante Einstellungen und Ungleichwertigkeitsideologien in diesem umfassenderen Sinne.

In Modell 1 findet sich erneut ein signifikanter und starker Effekt für Bildung: Hohe Schulbildung geht mit einer deutlichen Verringerung der Wahrscheinlichkeit intoleranter Ungleichwertigkeitsideologien im Sinne von GMF einher (Odds-Ratio= 2.70^{-1}). Das Risiko derartiger Einstellungen sinkt also im Falle hoher Schulbildung um den Faktor 2.7. Alter und Geschlecht haben hier keine signifikanten Effekte. Dieses Basismodell klärt indessen nur 4.6% der Varianz auf.

In Modell 2 zeigt sich für erlebte Coronafolgen, dass nach Kontrolle von Alter, Geschlecht und Bildung statistisch signifikante Effekte nur für das das Erleben von Krankheit im eigenen Umfeld zu erkennen sind (Odds-Ratio 2.32^{-1}). Im Falle von Erkrankung im Umfeld sinkt die Wahrscheinlichkeit intoleranter Ungleichwertigkeitsideologien. Die Varianzaufklärung des Modells 2 ist mit 9.5% im Vergleich zu Modell 1 zwar etwas verbessert, immer noch aber recht gering.

Die Hinzunahme der politischen Selbstverortung als Prädiktor in Modell 3 verbessert die Varianzaufklärung auf 21.2%. Je stärker rechts orientiert eine Person sich beschreibt, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit von ausgeprägten Ungleichwertigkeitsvorstellungen im Sinne von GMF (Odds-Ratio= 1.59). Bildung und erlebte Coronafolgen im Sinne von Krankheit im persönlichen Umfeld sind in diesem Modell weiter statistisch signifikant.

In Modell 4a ist im nächsten Schritt ein sehr starker Effekt der verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien zu erkennen. Die Odds-Ratio beläuft sich hier auf $OR=3.31$ und ist statistisch hoch signifikant. Die Varianzaufklärung des Modells verdoppelt sich im Vergleich zu Modell 3 nahezu. Sie steigert sich von 21.2% auf 39.4%. Effekte der politischen Selbstverortung sind weiterhin statistisch signifikant. Signifikante Effekte für Bildung und Coronafolgen zeigen sich nun nicht mehr.

Tabelle 14: *Hierarchische logistische Regression gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) auf selbst erlebte Coronafolgen, ablehnende Einstellungen zu Coronamaßnahmen sowie verschwörungstheoretisch konnotierte Delegation von Politik, Wissenschaft und Medien*

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4a	Modell 4b	Modell 5
Alter	1.20 ⁻¹	1.22 ⁻¹	1.25 ⁻¹	1.15 ⁻¹	1.18 ⁻¹	1.16 ⁻¹
Geschlecht (männlich=1)	1.23	1.13	1.02	1.00	1.05	1.01 ⁻¹
Bildung (Abitur=1)	2.70 ⁻¹ ***	3.33 ⁻¹ ***	2.38 ⁻¹ **	1.51 ⁻¹	2.08 *	1.49
Berufliche Folgen Corona (ja=1)		1.67	1.77	1.99	2.15 *	1.90
Finanzielle Folgen Corona (ja=1)		1.28	1.26	1.05 ⁻¹	1.12	1.05 ⁻¹
Coronatod im Umfeld (ja=1)		1.96	1.89	1.62	1.62	1.69
Coronakrankheit im Umfeld (ja=1)		2.32 ⁻¹ **	2.00 ⁻¹ *	1.75 ⁻¹	1.69 ⁻¹	1.69 ⁻¹
links/rechts Selbsteinstufung, Grad rechter Orientierung, (cont.)			1.59 ***	1.38 ***	1.45 ***	1.39 ***
Verschwörungstheoret. Delegation (cont.)				3.31***		4.02 ***
Ablehnung gesell./ staatl. Coronamaßnahmen (cont.)					2.00 ***	1.25 ⁻¹
Modellfit ($\Delta\chi^2$, p)	11.86 **	12.69 *	32.11 ***	55.06 ***	25.31 ***	0.96 30.71 ***
Modellfit (χ^2, p)	11.86*	24.55 ***	56.66 ***	111.72 ***	81.97 ***	112.68 ***
R²	4.6%	9.5%	21.2%	39.4%	29.8%	39.7%

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios und die Ergebnisse von Signifikanztests (Wald-Test), risikosenkende Effekte werden als Kehrwert 1/OR in Exponentialschreibweise dargestellt. * = p < .05; ** = p < .01; *** = p < .001; Nagelkerke Pseudo R²

Modell 4b, in dem erneut anstelle der verschwörungstheoretischen Delegation die ablehnenden Haltungen gegenüber Coronamaßnahmen in das Modell aufgenommen werden, zeigt eine in Relation zu Modell 4a geringere Anpassungsgüte. Die Varianzaufklärung beläuft sich auf 29.8%. Der Effekt ablehnender Haltungen gegenüber Coronamaßnahmen ist hier zwar signifikant, die Effektstärke ist mit OR=2.00 jedoch deutlich geringer, als das in Modell 4a für die verschwörungstheoretisch konnotierte Delegation mit OR=3.31 zu erkennen war.

In Modell 5 erweist sich schließlich, dass die Ablehnung staatlicher Coronamaßnahmen keinen relevanten, über die Effekte von verschwörungstheoretisch konnotierter Delegation und politischer Selbstverortung hinausgehenden Effekt auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit hat. Neben der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegation von Politik, Wissenschaft und Medien ist nur noch die rechte politische Orientierung relevant. Mit einer Varianzaufklärung von 39.7% ist dieses Modell sehr zufriedenstellend.

Es zeigt sich damit im Gesamtmodell dieses dritten multivariaten Analyseblocks, ähnlich wie im Hinblick auf Ausländerfeindlichkeit nun auch in Bezug auf eine umfassendere Konzeption von Intoleranz im Sinne von Ungleichwertigkeitsideologien, wie sie durch die GMF-Skala erfasst werden, dass Einstellungen, die durch eine verschwörungstheoretische konnotierte Delegation von Politik, Wissenschaft und Medien (also von zentralen Institutionen einer demokratischen Gesellschaft) geprägt sind, einen zentralen Risikofaktor für die Etablierung von Ungleichwertigkeitsideologien darstellen. Sie gehen mit einer ganz deutlichen Erhöhung der Wahrscheinlichkeit von Intoleranz und Vorurteilen gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen einher, denen ein hohes Potential innewohnt, zu sozialen Spaltungen und der Verschärfung sozialer Gegensätze und Konflikte beizutragen.

4.2.4 Analyse des Potentials für aktiven Protest gegen Coronamaßnahmen

Eine vierter und letzter Block multivariater Analysen richtet sich auf eine Erklärung der aktiven Protestbereitschaft im Kontext der Coronapandemie. Diesbezüglich werden im Folgenden die Effekte der bereits beschriebenen Einflussfaktoren nun in Bezug auf das Potential für eine aktive Beteiligung an Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen in den Blick genommen.

Auch hier wurden hierarchische logistische Regressionsmodelle berechnet. Abhängige Variable ist die Bereitschaft der Befragten, sich an Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen selbst aktiv zu beteiligen. Eine solche Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an Protest wurde in der hier untersuchten Stichprobe von 10.7% der erreichten Personen artikuliert.

In Modell 1 findet sich ein statistisch signifikanter Alterseffekt: Die Bereitschaft zu aktiver Beteiligung an Coronademonstrationen ist, wie zu erwarten war, in jüngeren Altersklassen stärker ausgeprägt. Darüberhinausgehende Effekte für Geschlecht oder Bildungsniveau sind nicht nachweisbar. Das Basismodell klärt unter Nutzung der genannten soziodemographischen Merkmale als Kontrollvariablen allerdings nur 2.4% der Varianz der abhängigen Variable auf.

In Modell 2 zeigt sich für erlebte Coronafolgen der schon bei den bivariaten Analysen gezeigte Befund, dass die Erfahrung mit Coronaerkrankungen im eigenen Lebensumfeld die Bereitschaft, an Demonstrationen gegen Coronamaßnahmen teilzunehmen, substanziell vermindert. Hier findet sich ein statistisch hoch signifikanter Effekt mit einer Odds-Ratio von $OR=1.33^{-1}$. Das heißt, im Falle von Coronaerkrankungen im eigenen Lebensumfeld vermindert sich die Bereitschaft zu aktiver Demonstrationsbeteiligung. Die Konfrontation mit beruflichen Nachteilen hat hingegen einen die aktive Protestbereitschaft erhöhenden Effekt ($OR=2.24$). Der Alterseffekt ist auch in Modell 2 weiter statistisch signifikant. Die Varianzaufklärung des Modells 2 ist mit 7.0% im Vergleich zu Modell 1 zwar verbessert aber doch eher gering. Alter und erlebte Coronafolgen können insoweit die Varianz der Protestbereitschaft nur sehr unzulänglich erklären.

Die Hinzunahme der politischen Selbstverortung als Prädiktor in Modell 3 verbessert die Varianzaufklärung etwas auf 12.2%. Politisch rechts orientierte Befragte sind danach mit erhöhter Wahrscheinlichkeit auch zu aktivem Protest bereit. Das Erleben von Coronafolgen ist auch in diesem Modell mit seiner gegenläufigen Wirkrichtung (Krankheit im Umfeld in Richtung Abnahme, eigene berufliche Beeinträchtigung in Richtung Zunahme) weiter statistisch signifikant.

In Modell 4a findet sich sodann ein ganz erheblicher Effekt der verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien. Die Odds-Ratio beläuft sich hier auf $OR=7.14$. Die Varianzaufklärung des Modells steigt auf das Vierfache im Vergleich zu Modell 3 und beläuft sich nun auf 49.0%. Effekte der politischen Selbstverortung sind nun nicht mehr signifikant. Es findet sich hingegen nach wie vor ein das Protestpotential positiv beeinflussender, erhöhender Effekt beruflicher Coronafolgen. Das Erleben von Krankheit oder Tod im Umfeld hat hingegen hier keine signifikanten Effekte mehr, d.h. die Wirkung der verschwörungstheoretischen Delegitimation ist offenbar unabhängig von den Effekten einer gesundheitlichen Betroffenheit im eigenen Lebensumfeld.

Tabelle 15: *Hierarchische logistische Regression der aktiven Bereitschaft an Protesten gegen Coronamaßnahmen teilzunehmen auf selbst erlebte Coronafolgen, ablehnende Einstellungen zu Coronamaßnahmen sowie verschwörungstheoretisch konnotierte Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien*

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4a	Modell 4b	Modell 5
Alter	1.28 ⁻¹ *	1.28 ⁻¹ *	1.30 ⁻¹ *	1.20 ⁻¹	1.28 ⁻¹	1.25 ⁻¹
Geschlecht (männlich=1)	1.42	1.26	1.18	1.17	1.39	1.28
Bildung (Abitur=1)	1.64 ⁻¹	1.59 ⁻¹	1.39 ⁻¹	1.79	1.02 ⁻¹	1.69
Berufliche Folgen Corona (ja=1)		2.24 *	2.26 *	2.72 *	3.28 **	3.15 *
Finanzielle Folgen Corona (ja=1)		1.14 ⁻¹	1.15 ⁻¹	1.96 ⁻¹	1.49 ⁻¹	1.96 ⁻¹
Coronatod im Umfeld (ja=1)		1.27	1.24	1.25 ⁻¹	1.23 ⁻¹	1.49 ⁻¹
Coronakrankheit im Umfeld (ja=1)		1.33 ⁻¹ **	2.08 ⁻¹ *	1.72 ⁻¹	1.52 ⁻¹	1.47 ⁻¹
links/rechts Selbsteinstufung, Grad rechter Orientierung, (cont.)			1.36 ***	1.10	1.14	1.09
Verschwörungstheoret. Delegitimation (cont.)				7.14 ***		3.71 ***
Ablehnung gesell./ staatl. Coronamaßnahmen (cont.)					5.41 ***	2.66 ***
Modellfit ($\Delta\chi^2$, p)	5.59	10.75 *	12.58 ***	100.06 ***	91.26 ***	12.46 *** 21.26***
Modellfit (χ^2, p)	5.59	16.35 *	28.93 ***	128.99***	120.18 ***	141.45 ***
R²	2.4%	7.0%	12.2%	49.0%	46.1%	53.1%

Anmerkungen: Dargestellt werden Odds-Ratios und die Ergebnisse von Signifikanztests (Wald-Test), risikosenkende Effekte werden als Kehrwert 1/OR in Exponentialschreibweise dargestellt.
*= $p < .05$; **= $p < .01$; ***= $p < .001$; Nagelkerke Pseudo R²

Modell 4b, in dem anstelle der verschwörungstheoretischen Delegitimation als UV die pauschal ablehnenden Haltungen gegenüber Coronamaßnahmen in das Modell aufgenommen werden, zeigt eine in Relation zu Modell 4a nur etwas schlechtere Anpassungsgüte im Sinne der hier erreichten Varianzaufklärung (46.1%). In dieser Analyse weist nun auch die Ablehnung der Coronamaßnahmen einen starken signifikanten Effekt (OR=5.41) auf die Bereitschaft zur Teilnahme an einer Corona-Demonstration. Neben der ablehnenden Einstellung zu den Coronamaßnahmen, welche die aktive Protestbereitschaft deutlich beeinflusst, wirken nur noch die erlebten beruflichen Nachteile in diese Richtung. Alter, Geschlecht, Bildung wie auch das Miterleben von Krankheit oder Tod sowie die politische Selbstverortung haben hier keine Effekte mehr.

In Modell 5 erweist sich schließlich, dass neben dem starken Effekt einer Ablehnung staatlicher Coronamaßnahmen (OR=2.66) auch die Effekte der verschwörungstheoretischen Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien (OR=3.71) ganz erheblich und zusätzlich zu den übrigen Variablen zu einer aktiven Protestbereitschaft beitragen. In diesem Gesamtmodell hat neben der Ablehnung von Coronamaßnahmen und der verschwörungstheoretischen Delegitimation nur noch das eigene Erleben beruflicher Nachteile als Folge von Corona einen relevanten Einfluss auf die aktive Protestbereitschaft. Das Gesamtmodell erklärt hier 53.1% der Varianz der abhängigen Variable.

Es erweist sich in diesem vierten Block der multivariaten Analysen damit in der Summe, dass neben dem Erleben von beruflichen Nachteilen im Zuge von Corona auch hier die verschwörungstheoretisch konnotierte Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien einen zusätzlichen - über die plausiblen Effekte einer Ablehnung der staatlichen Coronamaßnahmen hinausgehenden - statistisch signifikanten und in Bezug auf seine

Größe auch relevanten Effekt auf die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an Demonstrationen gegen staatliche Coronamaßnahmen hat.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Im Ergebnis ist festzustellen, dass pauschal negative Bewertungen und ablehnende Einstellungen gegenüber der staatlichen Coronapolitik und den insoweit getroffenen Maßnahmen zwar im gesamten politischen Spektrum gegeben sind, sie treten aber bei eher rechts orientierten Personen statistisch signifikant häufiger auf.

Dies gilt auch für verschwörungstheoretische Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien, die gleichfalls im rechten Spektrum deutlich häufiger anzutreffen sind. Das ist ein bekannter, mit anderen Studienergebnissen gut in Einklang zu bringender Befund.

Weiter erweist sich, dass negative Bewertungen der staatlichen Corona-Maßnahmen nicht durch die persönliche Konfrontation mit COVID-19 Erkrankungen oder dadurch bedingte Todesfälle im eigenen Lebensumfeld zu erklären sind. Solche persönlichen Konfrontationen mit den Folgen der COVID-19-Pandemie für die physische Gesundheit erhöhen im Gegenteil sogar eher die Akzeptanz staatlicher Coronamaßnahmen.

Demgegenüber trägt das persönliche Erleben materieller bzw. ökonomischer Folgen von Corona in beruflicher und/oder finanzieller Hinsicht zu einem Anstieg der Wahrscheinlichkeit des Auftretens pauschal negativer Haltungen zu staatlichen Coronamaßnahmen bei.

Es findet sich ferner ein enger Zusammenhang zwischen der Ablehnung der staatlichen Coronamaßnahmen und verschwörungstheoretisch konnotierten Formen der Delegitimation staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen: Je ausgeprägter die verschwörungstheoretische Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien ausfällt, desto stärker ist auch die Ablehnung staatlicher Coronamaßnahmen.

Mit Blick auf das Potential für aktiven Protest gegen staatliche Coronamaßnahmen lässt sich ferner konstatieren, dass dieses stark durch verschwörungstheoretisch konnotierte Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien beeinflusst wird, und zwar über die Effekte einer Ablehnung der staatlichen Coronamaßnahmen und die Effekte erlebter finanzieller oder beruflicher Nachteile durch Coronamaßnahmen hinaus.

Bemerkenswert ist insoweit, dass die Betroffenheit durch Krankheit oder Tod im eigenen Lebensumfeld nicht zu einer Steigerung der Bereitschaft zu aktivem Protest führt, sondern eher zu dessen Reduktion. Hier deutet sich im multivariaten Modell an, dass eine Coronaleugnung angesichts der Wahrnehmungen tatsächlicher physischer Betroffenheit im eigenen Umfeld zumindest in Teilen so nicht ohne Weiteres aufrechterhalten werden kann und dass auch verschwörungstheoretisch konnotierte Delegitimationen angesichts der Realität selbst miterlebter physischer Folgen von Corona im Sinne von Krankheit oder Tod ihre Wirkungen nicht mehr in dem Maße entfalten können.

Multivariate Analysen kommen weiter zu dem Ergebnis, dass auch nach statistischer Kontrolle der Effekte der eigenen politischen Verortung im Links-Rechts-Spektrum sowohl Formen der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen als auch die pauschale Kritik an der staatlichen

Coronapolitik signifikante, steigernde Effekte auf Intoleranz und Vorurteile haben und ferner mit einer erhöhten generellen Ablehnung von Demokratie und Meinungsvielfalt einhergehen.

Diese Zusammenhänge verschwörungstheoretischer Formen der Delegitimation staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen sowohl mit Ungleichwertigkeitsideologien (hier Ausländerfeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) als auch mit Demokratieablehnung sind dabei nicht alleine Resultat einer rechten politischen Orientierung, sondern sie bestehen auch darüber hinaus.

Insgesamt weisen die Befunde darauf hin, dass erhebliche Gefahren für die Akzeptanz von Demokratie und Meinungsvielfalt als auch Risiken einer Zunahme gesellschaftlicher Konflikte und sozialer Spaltung, verbunden mit Intoleranz und der Ausgrenzung von Teilgruppen, im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie und ihrer Handhabung durch entsprechende staatliche Maßnahmen und politische Entscheidungen bestehen. Ein zentraler Wirkfaktor sind dabei verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation zentraler demokratischer Institutionen in Staat und Gesellschaft.

Einschränkend muss darauf hingewiesen werden, dass es sich hier um eine Stichprobe aus einem Online-Accesspanel handelt, deren Befunde nicht ohne Weiteres auf die Gesamtbevölkerung verallgemeinert werden können. Die deutsche Wohnbevölkerung im Alter zwischen 18 und 70 Jahren wurde allerdings, abgesehen von einem erkennbaren Bildungsbias, wie er in solchen Befragungen häufig auftaucht, und einer Unterrepräsentation von Personen mit Migrationshintergrund ansonsten gleichwohl recht gut abgebildet. Die multivariate statistische Kontrolle der Effekte von Bildung lässt es zudem zu, die hier festgestellten Zusammenhänge als nicht durch solche Verzerrungen substantiell beeinflusst einzustufen.

Auffallend und wesentlich ist zudem, dass selbst bei einer Stichprobe, die wie hier in Richtung auf höhere Bildung positiv verzerrt und zudem mit einem Umfang von $n=555$ nicht sehr groß ist, so deutlich ausgeprägte und statistisch signifikante Effekte verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation von Politik, Medien und Wissenschaft auf Intoleranz und Demokratieablehnung nachweisbar sind.

Vor dem Hintergrund der bekannten Zusammenhänge der betrachteten abhängigen Variablen mit dem Bildungsniveau, die auch hier erneut gezeigt werden konnten, liegt die Annahme nahe, dass bei einer umfassenderen repräsentativen Bevölkerungsstichprobe, in der auch bildungsfernere Gruppen sowie Menschen mit Migrationshintergrund in höherem Maße einbezogen sind, entsprechende Effekte sich bei einem noch größeren Anteil der Befragten zeigen lassen sollten.

Für die weitere Forschung stellt sich im Anschluss an diese Ergebnisse aus unserer Sicht unter anderem die Anschlussfrage, inwieweit sich die hier untersuchten Formen einer verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien als nachhaltig erweisen, d.h. als über die Zeit der Pandemie hinaus weiter fortbestehend. Zu prüfen wäre weiter, inwieweit verschwörungstheoretische Delegitimationen, sofern sich weiter bestehen sollten, sich längerfristig auch weiter in Formen von Intoleranz und Demokratieablehnung niederschlagen, wie dies aktuell der Fall ist, oder ob im Zuge eines Abklingens der Pandemie und einer Reduzierung der damit verbundenen Freiheitseinschränkungen solche verschwörungstheoretischen Delegitimationen zurückgehen und ob damit auch eine Verminderung von Intoleranz und Demokratieablehnung einhergeht.

Schließlich ist zu beachten, dass auch zukünftig immer wieder mit krisenhaften Entwicklungen und Verunsicherungen im Zuge nationaler wie internationaler gesellschaftlicher Veränderungen und politischer Herausforderungen zu rechnen ist. Formen einer verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation zentraler gesellschaftlicher Institutionen können, im Zuge solcher neuer Herausforderungen und Krisen, sowohl sich neu entfalten als auch in Form bereits bestehender Haltungen daran anknüpfend fortbestehen. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen jedenfalls, dass Verschwörungstheorien sich in Bezug auf sehr verschiedene Krisen und Modernisierungsphänomene immer wieder in ähnlicher Struktur entwickelt und verbreitet haben (vgl. Butter, 2020; Drochon, 2019). Insoweit wäre ein kontinuierliches längerfristiges Monitoring der hier betrachteten Formen verschwörungstheoretisch konnotierter Delegitimation zentraler gesellschaftlicher Institutionen und diesbezüglicher Einflussfaktoren wie auch die Beobachtung ihrer möglichen Folgen mit Blick auf Intoleranz und Demokratieablehnung nicht nur wissenschaftlich-theoretisch interessant und weiterführend, sondern in mehrfacher Hinsicht auch politisch und praktisch höchst relevant.

Literatur

- Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2021). Sozialer Wandel, Sozialcharakter und Verschwörungsdenken in der Spätmoderne. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71 (35-36), 13-19.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021a). Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger. *MOTRA-Monitor 2020*, (S. 100-129), Wiesbaden: BKA.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021b). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments*. MOTRA Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-1.pdf
- Busemeyer, M.R. (2021). Vertrauen in politische Institutionen: Das Gesundheitssystem auf dem Prüfstand. Policy Paper N° 7 des Clusters of Excellence „The Politics of Inequality“, S. 2-4. Das progressive Zentrum: Universität Konstanz. https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2021/07/210728_UKZ_Policy_Paper_07_Busemeyer_Diehl-Woehler_Bertogg-Strauss-Kulic_DE_web_RZ-1.pdf.
- Butter, M. (2021a). *Antisemitische Verschwörungstheorien in Geschichte und Gegenwart*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321665/antisemitische-verschwörungstheorien-in-geschichte-und-gegenwart/>
- Butter, M. (2021b). Verschwörungstheorien : Eine Einführung. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71 (35-36), S. 4-11.
- Butter, M. (2020). „Nichts ist es wie es scheint.“ *Über Verschwörungstheorien*. Berlin : Suhrkamp Verlag
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G. & Brähler, E. (2020). Die Leipziger Autoritarismusstudie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020*, (S. 27-87). Gießen: Psychosozial Verlag.
- Drochon, H. (2019). Who Believes in Conspiracy Theories in Great Britain and Europe ? In J.E. Uscinski (Ed.), *Conspiracy Theories and the People Who Believe Them*, (pp. 337-346). Oxford : Oxford University Press.
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). *Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung - Methodenbericht*. MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg.
www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-2.pdf

- Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Praxis der Rechtspsychologie*, 8 (2). (im Druck).
- Forum Antworten (2021). *Verschwörungstheorien. Eine Publikation zur Aufklärung und Aufarbeitung*. München: Bayerischer Landtag.
https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/publikationen/Forum_Antworten_Verschwörungstheorien_210406_barrierefrei.pdf
- Grande, E., Hutter, S., Hunger, S., Kanol, E. (2021): *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland*. Discussion Paper ZZ 2021-601. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Küpper, B., Berghan, W., Zick, A. & Rump, M. (2021). Volkes Stimme - antidemokratische und populistische Einstellungen. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, (S. 43-74). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Lamberty, P. & Rees, J. (2021). Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, (S. 283-299). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Lewandowsky, S. Gignac, G.E. & Oberauer, K. (2013). The Role of Conspiracist Ideation and Worldviews in Predicting Rejection of Science. *PLoS ONE*, 8 (10). <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0075637>
- Müller, O. & Pollack, D. (2022). Religiosität, gesellschaftliche Einstellungen und politische Orientierungen in Deutschland. *Zeitschrift für Religion Gesellschaft und Politik (online first)*.
<https://doi.org/10.1007/s41682-022-00108-1>
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste. Grundausswertung*. Basel: Universität Basel, Institut für Soziologie. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>
- Pickel, G., Pickel, S. & Yendell, A. (2020). Zersetzungspotentiale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020*, (S. 89-118). Gießen: Psychosozial Verlag.
- Rump, M. & Mayerböck, A. (2021). Methodik und Design der Mittestudie 2020/21. In : A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, (S. 17-41). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Salzborn, S. (2021). Verschwörungstheorien und Antisemitismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71 (41-47), S. 3.
- Schließler, C., Hellweg, N. & Decker, O. (2020). Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität. In : O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismusstudie 2020*, (S. 283-308). Gießen: Psychosozial Verlag.
- Schulz, T., Ziegele, M., Jakob, N. Jakobs, I., Quiring, O & Schemer, C. (2021). Verschwörungsglaube, Medienzynismus und Militanz: Einstellungen und Informationsquellen von Menschen mit AfD-Wahlpräferenz - Ein Beitrag zur Radikalisierungsforschung. *Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 1 (1), 60-89. <https://doi.org/10.3224/zrex.v1i1.05>
- Siebert, R. (2021). Verschwörungstheorien. Editorial. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71 (35-36), S. 3.
- Van Prooijen, J.-W. (2018). *The Psychology of Conspiracy Theories*. London/New York : Routledge.
- Weiß, V. (2021). Verschwörungsglaube in der Pandemie. *Soziale Probleme*, 32, 183-192.
- Zick, A. (2021). Die gefährdete wie geforderte Mitte in Zeiten einer Pandemie. In : A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, (S. 17-31). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: A. Zick, B. Küpper, B. & W. Berghan (Hrsg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, (S. 53-116). Bonn: J.H.W. Dietz.



Photo by UHH/RRZ/Mentz

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg